

Das Staatshandeln in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik wird wieder besser beurteilt



Schlussbericht zum Finanzmonitor 2011

Studie im Auftrag von economiesuisse, Mai 2011

Projektteam

Claude Longchamp Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter
der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen

Stefan Agosti Politikwissenschaftler

Urs Bieri Politikwissenschaftler

Silvia Ratelband-Pally Administratorin

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Jonas Kocher Politikwissenschaftler

Daniela Schempp Praktikantin

Inhaltsverzeichnis

1.	WICHTIGSTES IN KÜRZE	3
1.1.	SCHULDENBREMSE.....	3
1.2.	STAATSHANDELN.....	4
1.3.	STEUERBELASTUNG	6
1.4.	FINANZPOLITIK	7
1.5.	AKTEURE	7
2.	EINLEITUNG	9
2.1.	DAS MANDAT	9
2.2.	DIE ZIELSETZUNG	9
2.3.	DAS DESIGN	9
2.4.	DAS KLIMATISCHE UMFELD DER AKTUELLEN BEFRAGUNG.....	11
2.5.	DIE AUSWERTUNGSMETHODEN.....	12
2.6.	DAS PROJEKTTEAM	13
3.	DIE BEFUNDE	14
3.1.	DIE ÜBERSICHT	14
3.2.	SCHWERPUNKSTHEMA STAATVERSCHULDUNG UND SCHULDENBREMSE. 14	
3.2.1.	Zwischenbilanz	22
3.3.	BEURTEILUNG DER BEHÖRDENPOLITIK.....	23
3.3.1.	Zwischenbilanz	25
3.4.	SPAR- UND AUSGABENBEREICHE.....	26
3.4.1.	Zwischenbilanz	27
3.5.	BEURTEILUNG DER STEUERLAST.....	28
3.5.1.	Zwischenbilanz	31
3.6.	STRATEGIEN FÜR DEN STAATSHAUSHALT.....	32
3.6.1.	Zwischenbilanz	35
3.7.	BEURTEILUNG DER GLAUBWÜRDIGKEIT VON AKTEUREN.....	36
3.7.1.	Zwischenbilanz	39
3.8.	EXKURS: KANTONAL UNTERSCHIEDLICH WAHRGENOMMENE STEUERBELASTUNG	40
3.8.1.	Die objektive und die subjektive Steuerbelastung	40
3.8.2.	Zwischenbilanz	41
4.	SYNTHESE	42
5.	ANHANG	44
5.1.	GFS.BERN-TEAM	44

1. Wichtigstes in Kürze

1.1. Schuldenbremse

Die Schuldenbremse ist als generelles Instrument der Finanzpolitik unter den Schweizer Stimmberechtigten unverändert populär.

Grafik 1:

Ansichten zur Schuldenbremse

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

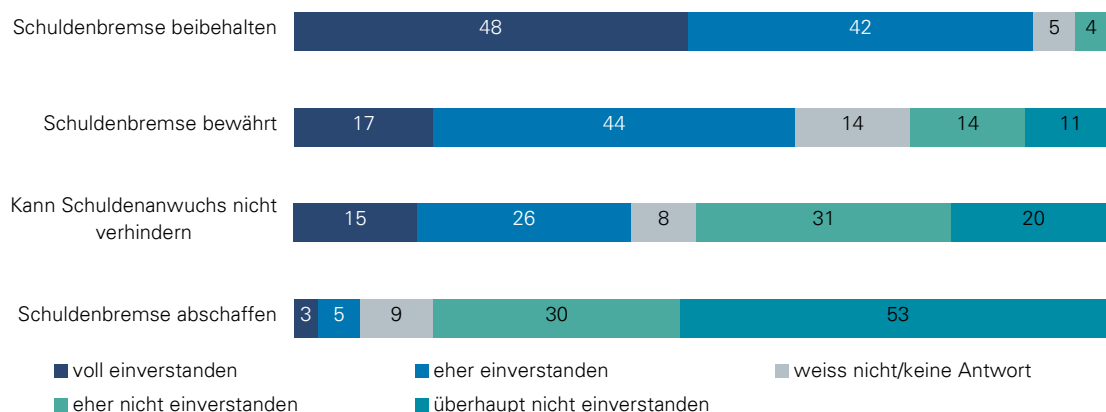
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

So spricht sich eine fast flächendeckende Mehrheit für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus. Deren Abschaffung ist nur für eine kleine Minderheit ein Thema. Die Schuldenbremse hat sich als Instrument für eine Mehrheit von über 60 Prozent bewährt. So wird ihr auch mehrheitlich die Fähigkeit der Verhinderung des Schuldenwachstums zuerkannt. Diese Wirksamkeit wird im Vergleich zum Vorjahr ausserdem klar besser beurteilt, während sich alle anderen Beurteilungen stabil verhalten.

Etwas skeptischer ist die Haltung gegenüber der Einführung der Schuldenbremse für Sozialversicherungen. Sie wird zwar nur minderheitlich als gar nicht oder eher nicht sinnvoll betrachtet, auf der Gegenseite erhält sie aber auch nur minderheitliche 43 Prozent Zustimmung.

Gleichwohl ist gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg der Akzeptanz zu beobachten. So hat sich vor allem der Anteil, welcher eine Schuldenbremse für Sozialversicherungen als nicht oder eher nicht sinnvoll erachtet, auf minderheitliche 49 Prozent verringert.

Trotz tendenziell rückläufigem Trend empfinden immer noch 41 Prozent der Stimmberechtigten die aktuellen Bundesschulden als zu hoch. Weiterhin anwachsende 45 Prozent erachten diese zwar als hoch, aber erträglich.

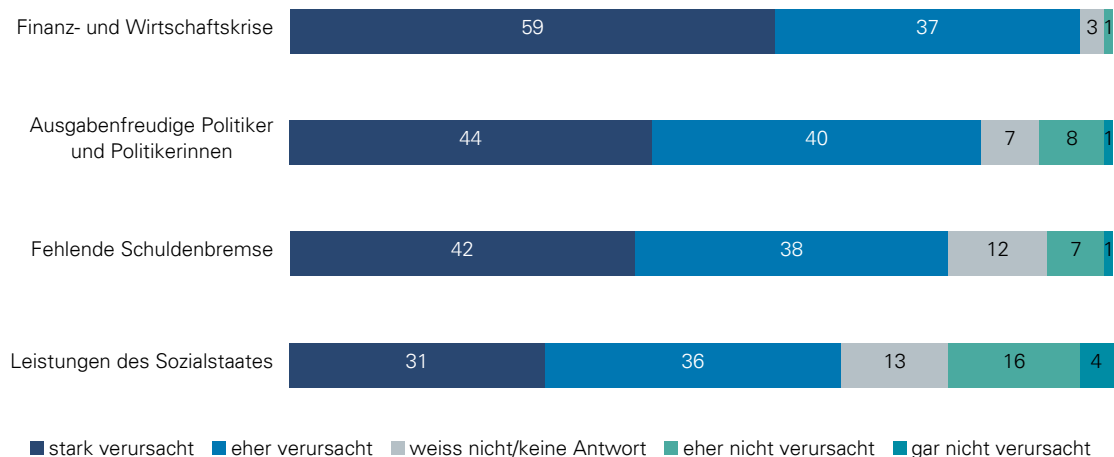
Die in den letzten Jahren angestiegene Verschuldung vieler Nachbarländer der Schweiz wird von den Befragten am klarsten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zurückgeführt.

Grafik 2:

Staatsschulden in den Nachbarländern

"Im Gegensatz zur Schweiz sind in vielen Nachbarländern in den letzten Jahren die Staatsschulden stark angestiegen. Ich lese Ihnen jetzt einige Elemente vor, welche man in Zusammenhang mit Staatsschulden in Nachbarländern immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte wie stark die einzelnen Elemente die Staatsschulden verursacht haben. Sagen Sie mir jeweils, ob das Element die Staatsschulden in den Nachbarländern stark verursacht, eher verursacht, eher nicht verursacht oder gar nicht verursacht hat."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Grossmehrheitlich werden aber auch ausgabenfreundliche PolitikerInnen und das Fehlen einer Schuldenbremse sowie in etwas geringerem Ausmass die Leistungen des Sozialstaates als ursächlich für die steigende Verschuldung von Nachbarländern angesehen.

1.2. Staatshandeln

Die Polarisierung in finanzpolitischen Fragen ist eher wieder etwas rückläufig. So hat sich der generelle Eindruck zu Behörden in der Finanzpolitik verbessert. Sinkend ist auch der Anteil jener, die denken, dass die Behörden die Ausgaben nicht im Griff hätten. Er hat im Jahresvergleich von 59 auf 53 Prozent abgenommen. 51 Prozent sind der Auffassung, der Staat vernachlässige wichtige Aufgaben. Das sind ebenfalls sieben Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr.

49 Prozent sind der Auffassung, insgesamt mehr oder gleich viel vom Staat zu erhalten, wie sie bezahlen. Seit dem Jahr 2000 ist das der höchste Wert. Seit 2008 hat er sich jährlich verbessert.

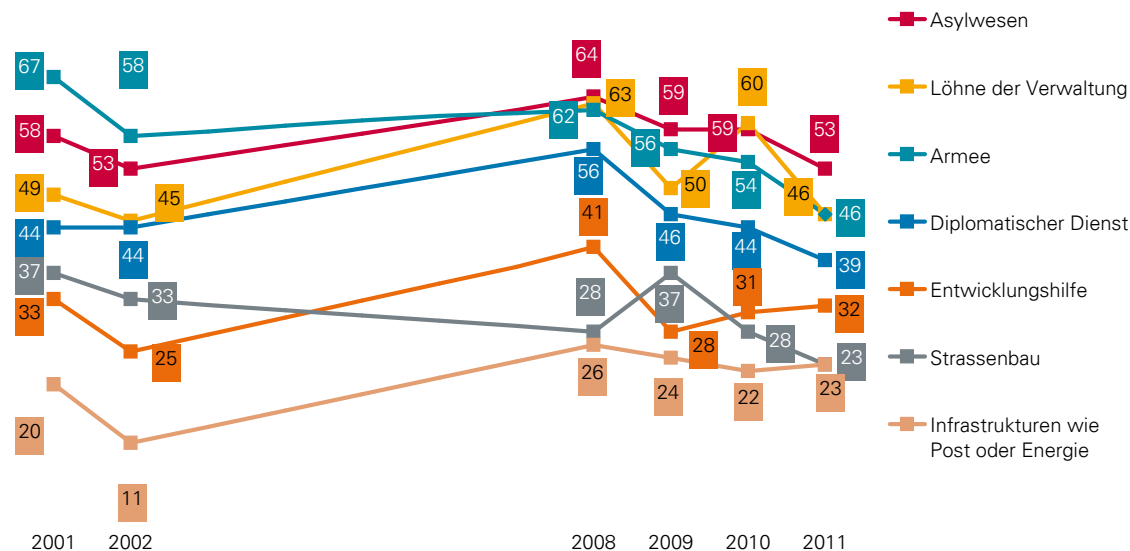
2011 findet sich nur noch eine Mehrheit, die im Asylwesen sparen möchte. Polarisiert sind die Meinungen bei den Löhnen der Verwaltung und der Armee (je 46%). In allen andern Bereichen überwiegt eindeutig die Meinung, man solle gleich viel wie bisher ausgeben. In keinem Bereich will eine Mehrheit Mehrausgaben. Am höchsten ist der Anteil jener, die Mehrausgaben befürworten, mit 46 Prozent noch bei der Bildung, gefolgt von der Forschung (33%).

Grafik 3:

Trend Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr sparen)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Der Sparwillen ist fast durchwegs rückläufig. Die Trendwende setzte in den meisten Fällen 2008 mit der globalen Finanzmarktkrise ein. Die mehrheitliche Sparneigung bei der Verwaltung, der Armee und dem diplomatischen Dienst, die damals noch bestand, ist zwischenzeitlich verschwunden.

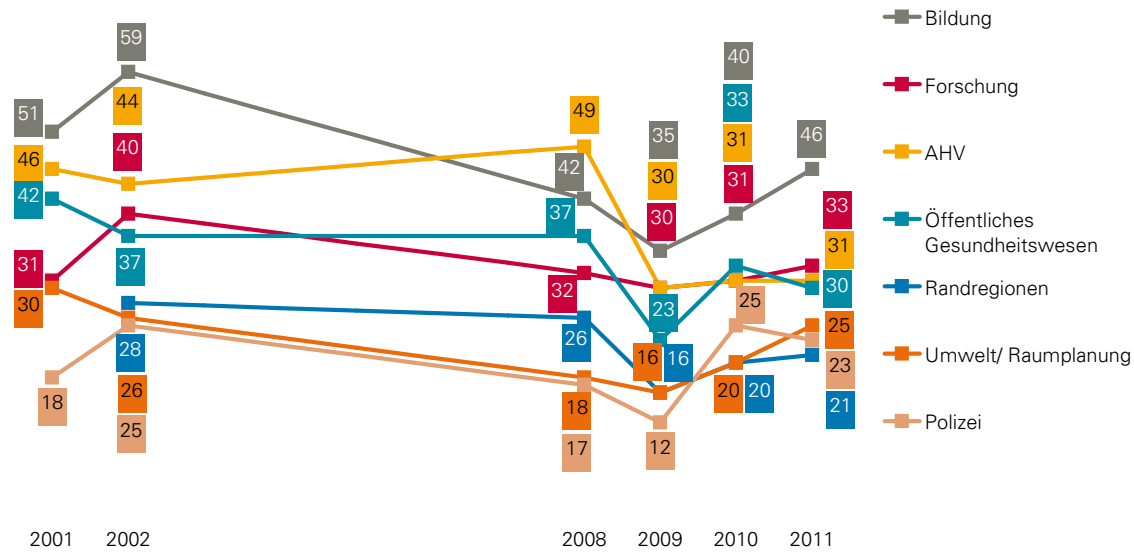
Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor keine Mehrheiten für Mehrausgaben. Die Bildung konnte als einziger Bereich in den letzten Jahren an Ausgabewillen zulegen, wobei die Zustimmung auch 2011 minderheitlich verbleibt. Auf deutlich tieferem Niveau gilt dies seit dem gleichen Jahr für den öffentlichen Verkehr. Nicht zutreffend ist es dagegen bei den Sozialwerken, wo die Ausgabenbereitschaft seit 2009 auf tiefem Niveau stabil bleibt.

Grafik 4:

Trend Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr ausgeben)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

1.3. Steuerbelastung

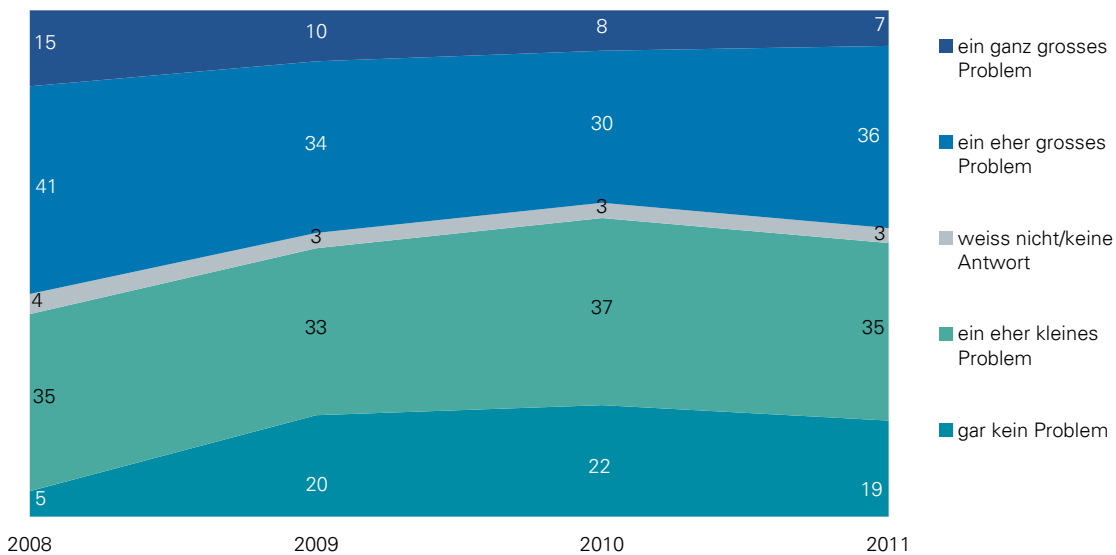
Die individuell empfundene Steuerbelastung hat 2011 wieder leicht zugenommen. So haben neu 43 Prozent sehr oder eher ein Problem, ihre Steuern zu bezahlen. Weiterhin ist dies aber für eine Mehrheit der Stimmberechtigten nicht der Fall.

Grafik 5:

Trend Belastung durch Steuern

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

1.4. Finanzpolitik

Der Trend der letzten Jahre, wonach Mehrausgaben bei den Stimmbürgern generell nicht mehrheitlich geteilt werden, bestätigt sich auch für 2011. Sparen ist und bleibt angesagt. Eine klare Präferenz für eine bestimmte Sparvariante ist nicht mehr ersichtlich. Jedenfalls werden neue Staatsaufgaben weiterhin ebenso klar abgelehnt wie Steuererhöhungen.

Grafik 6:

Trend Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."

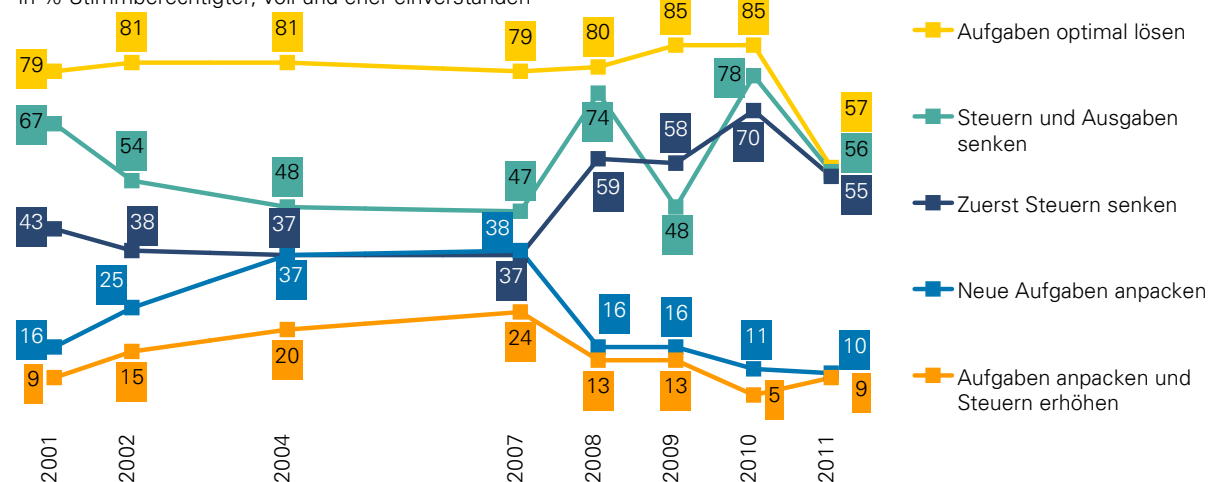
Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."

Neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."

Zuerst Steuern senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."

Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Bereits seit Beginn der Befragungsreihe wird die Frage des Umgangs mit Staatsdefiziten klar von Ausgabenkürzungen dominiert. Zusätzliche Steuern und eine Erhöhung der Schulden werden hingegen weiterhin nur von einem geringen Anteil der Stimmbürger befürwortet.

Ebenfalls über die Zeit sehr stabil ist die Haltung zum Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt. Es wird fortlaufend mehrheitlich der Abbau der Verschuldung gefordert. Auch sehr stabil wird knapp von einem Drittel der Stimmberechtigten in erster Linie eine Senkung der Steuern bei Staatsüberschüssen gewünscht. Diese Ergebnisse bestätigen weiterhin eine klare Präferenz der Stimmbevölkerung für eine kostenzentrierte Finanz- und Steuerpolitik.

1.5. Akteure

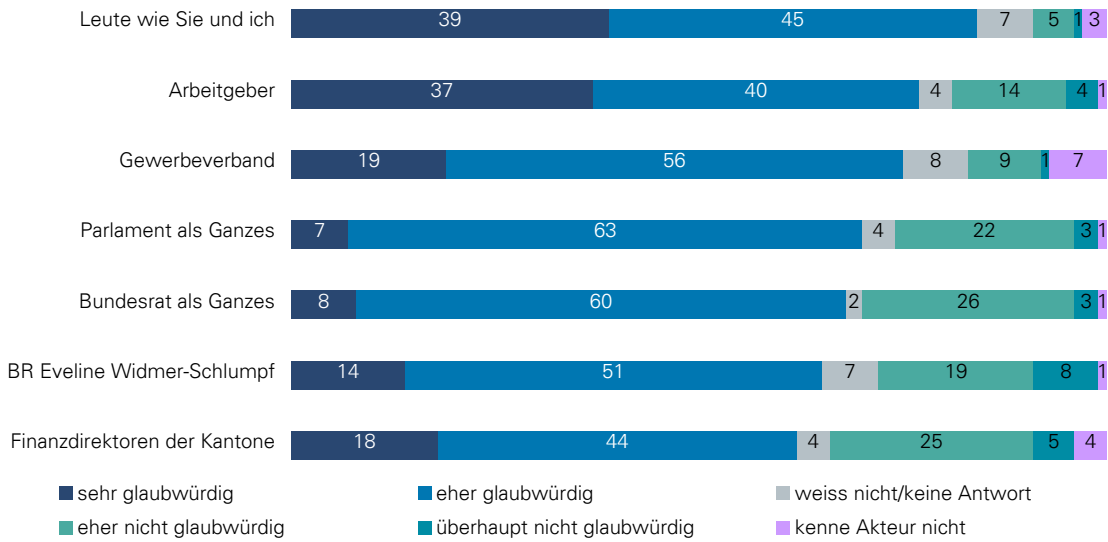
Weiterhin am glaubwürdigsten in der Finanzpolitik sind für die Befragten „Leute wie Sie und ich“. Unverändert seit Beginn der Monitorbefragungen trauen sich damit eine überwiegende Mehrheit der Stimmberechtigten selbst ein Urteil in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik zu.

Grafik 7:

Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

An zweiter und dritter Stelle stehen die Arbeitgeber und der Gewerbeverband. Danach folgen die Behörden in der Reihenfolge Parlament, Bundesrat, Finanzministerin und Finanzdirektoren der Kantone. Danach kommen die FinanzexpertInnen, die Gewerkschaften und economiesuisse, dies noch vor allen Parteien. Unter Berücksichtigung des Bekanntheitsgrades der Akteure weist economiesuisse bezüglich Glaubwürdigkeit bei der Stimmbevölkerung einen etwa gleich hohen Wert auf wie die Finanzministerin. Die politischen Parteien unterscheiden sich nicht mehr wesentlich, wobei aber die SVP vor den Grünen für am glaubwürdigsten gehalten wird.

Im Zeitvergleich hat sich das Image fast aller Akteure seit 2009 verbessert. Einzig bei den Gewerkschaften, die auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise ein Hoch kannten, ist das nicht stringent der Fall. Die Parteiwählerschaften sind auch hier stark polarisiert.

2. Einleitung

2.1. Das Mandat

Monitore sind Informationssysteme, die der längerfristigen Beobachtung dienen. Sozialwissenschaftliches Monitoring wird betrieben, um über die Entwicklung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Verhältnisse und Prozesse umfassend und zuverlässig informiert zu sein.

Der Finanzmonitor, den das Forschungsinstitut gfs.bern für economiesuisse erstellt, beabsichtigt über relevante Fragen der Finanzpolitik im Quer- und Längsschnittvergleich aus der Sicht der Stimmberechtigten Auskunft zu geben.

2.2. Die Zielsetzung

Der Finanzmonitor soll langfristig die nachstehenden Schwerpunkte untersuchen:

- die Beurteilung der eigenen Steuern und der eigenen Steuerlast,
- die generelle Beurteilung der Steuerpolitik, des Umgangs der öffentlichen Hand mit den Einnahmen, des Ausgabenverhaltens und der individuell wahrgenommenen Austauschrelation,
- die Aus- und Abbaupotentiale bei den öffentlichen Finanzen nach Bereichen generell sowie
- das Bild der finanzpolitischen Akteure.

Diese Informationen werden jährlich erhoben, gesichtet, analysiert und publiziert. Die erste Erhebung nach diesem Muster wurde im Jahr 2008 durchgeführt.

2.3. Das Design

Ein Monitoring auf Umfragebasis ist möglich, wenn minimal drei Bedingungen erfüllt werden:

1. die Konstanz der Fragestellungen,
2. die Konstanz der Stichprobenbildung und
3. die Konstanz der Erhebungspraxis.

Letzteres führt dazu, dass idealerweise immer dasselbe Forschungsinstitut mit der Durchführung des Monitors betreut wird. Bedingung 2 wird mit den Angaben im nachstehenden Kasten zu den technischen Angaben fixiert. Bedingung 1 wurde vom Kunden und dem Forschungsinstitut gemeinsam sichergestellt, wobei gfs.bern in Methodenfragen das Letztentscheidungsrecht hatte.

Als neues, bisher nicht im Fokus des Finanzmonitors stehendes Thema wurde 2010 die Beurteilung der Schuldenbremse in den Fragekatalog aufgenommen. Aufgrund der erstmaligen Befragung zum Thema kann hierzu erst eine Momentaufnahme dargestellt werden.

Die Befragung findet als persönliche, so genannte Face-to-Face-Befragung statt. Die instruierten Befragterinnen und Befragter erheben die Informationen an repräsentativ ausgewählten Orten in jeder Sprachregion. Sie berücksichtigen bei der Personenauswahl Geschlecht und Alter, damit die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit darstellt.

Technische Eckwerte des Finanzmonitors 2011

Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte
Befragungsgebiet:	ganze Schweiz, dreisprachig
Erhebungsart:	Face-to-Face-Interviews (FTF)
Befragungszeitraum:	26. April – 15. Mai 2011
Stichprobenart:	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Personen (Geschlecht, Alter)
Stichprobengrösse:	1'000
Stichprobenfehler:	± 3.2 Prozentpunkte bei Verteilung von 50:50
Verwendbarkeit:	für die Publikation bestimmt

Der jeweilige statistische Fehler für die Stichprobengrösse bei ausgewiesenen Gruppengrössen beträgt:

Tabelle 1:

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N= 1000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N= 500	± 4.5 Prozentpunkte	± 3.6 Prozentpunkte
N= 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N= 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte.

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011

Die Beschränkungen der Befragung auf Stimmberechtigte erfolgt bewusst, denn der Finanzmonitor versteht sich in erster Linie als politisches Beobachtungsinstrument. Seine Bezugsgrössen sind daher die in politischen Entscheidungen massgeblichen Bürgerinnen und Bürger.

Tabelle 2:

Technische Eckdaten der zurückliegenden Befragungen				
Jahr	Datenerhebung	Stichprobengrösse	Zeitraum	Stichprobenfehler
2010	FTF/Quotenstichprobe	1'006	26.04. – 16.05.2010	±3.2 Prozentpunkte
2009	FTF/Quotenstichprobe	1'007	27.04. – 17.05.2009	±3.2 Prozentpunkte
2008	FTF/Quotenstichprobe	1'010	28.04. – 18.05.2008	±3.2 Prozentpunkte
2007	CATI/at random	1'040	08.01. – 21.01.2007	±3.2 Prozentpunkte
2004	CATI/at random	1'000	12.01. – 23.01.2004	±3.2 Prozentpunkte
2002	CATI/at random	1'027	23.02. – 06.02.2002	±3.2 Prozentpunkte
2001	CATI/at random	1'035	24.07. – 13.08.2001	±3.2 Prozentpunkte

© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011

Das Finanzmonitoring im eigentlichen Sinne wurde 2008 begonnen. Vorarbeiten reichen aber bis ins Jahr 2001 zurück. 2008 wurde ein neues Konzept erstellt, das eine finanzpolitische Gesamtschau erlaubt.

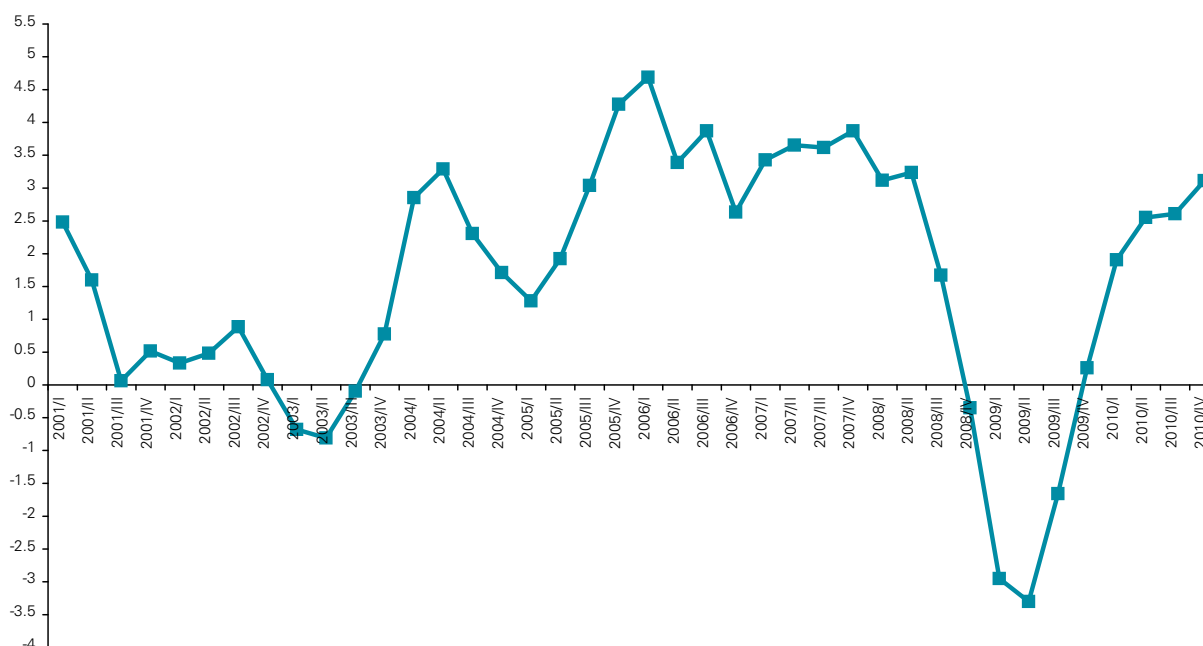
2.4. Das klimatische Umfeld der aktuellen Befragung

Bereits letztes Jahr konnte mit dem dritten Quartal 2009 eine leichte Erholung der Volkswirtschaft aus der Wirtschaftskrise konstatiert werden. Dies hat sich nun über das gesamte vergangene Jahr 2010 fortgesetzt. Im vierten Quartal 2010 zeichnet sich die schweizerische Volkswirtschaft wieder durch ähnliche Wachstumsraten wie Mitte 2008 – vor der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise – aus.

Grafik 8:

Trend BIP

Quartalaggregate des Bruttoinlandproduktes (Verwendungsansatz) zu Preisen des Vorjahres, reale nicht additive Volumen, in Prozent gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres



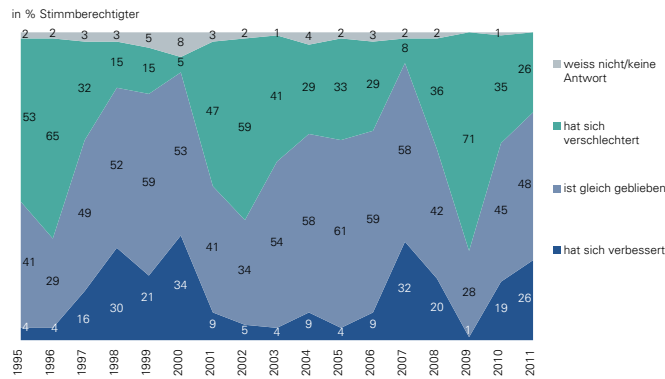
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011, Daten SECO: <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00456/00458/index.html?lang=de>

Dies widerspiegelt sich auch in der subjektiven Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage in den vergangenen zwölf Monaten. Bereits 2010 äusserte wieder ein Fünftel der Befragten eine Verbesserung der Wirtschaftslage. 2011 stellt dies bereits wieder ein Viertel (26%) der Stimmberechtigten fest. Bezeichnenderweise verringert sich der Anteil derjenigen, welche eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr attestieren, von 35 Prozent im Jahr 2010 auf neu ebenfalls 26 Prozent im 2011. Keine Veränderung konnten praktisch unveränderte 48 Prozent der Befragten feststellen. Eine Verbesserung der Wirtschaftslage konnte im Speziellen von Befragten in der Deutschschweiz ausgemacht werden. Dort gaben 31 Prozent an, eine solche festgestellt zu haben, wohingegen in der französischsprachigen Schweiz nur 12 und in der italienischsprachigen 15 Prozent dies feststellten. In der Westschweiz wurde im Gegensatz von nur knapp minderheitlichen 47 Prozent sogar eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage verspürt. Bei den Deutschschweizer Stimmberechtigten ist dies nur zu 20 Prozent feststellbar.

Grafik 9:

Trend Allgemeine Wirtschaftslage vergangene 12 Monate

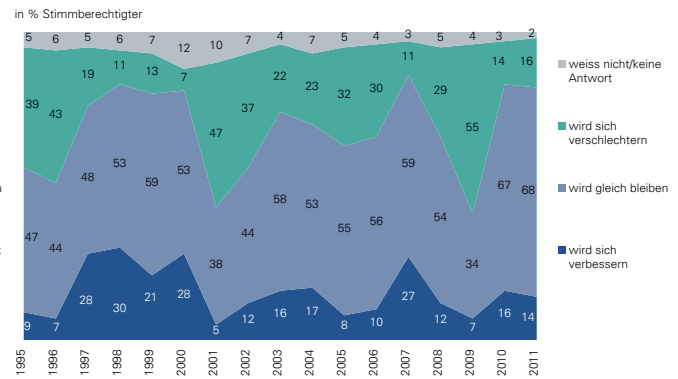
"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate

"Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den kommenden 12 Monaten entwickeln?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung hat sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Weiterhin geht eine unverändert grosse Mehrheit von 68 Prozent der Befragten davon aus, dass sich die Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten nicht verändern wird. Damit ist dieser Anteil wieder auf einem ähnlich hohen und stabilen Niveau wie vor der Krise. Auch die Anteile derjenigen, welche eine Verbesserung (14%) beziehungsweise eine Verschlechterung (16%) erwarten, sind gegenüber dem Vorjahr stabil. Die Unterschiede zwischen den Sprachregionen sind zwar nicht so gross, doch wird die zukünftige Wirtschaftsentwicklung in der lateinischsprachigen Schweiz etwas pessimistischer gesehen. So gehen im französischsprachigen Landesteil 26 Prozent und im Tessin 19 Prozent von einer Verschlechterung der Wirtschaftslage aus. In der Deutschschweiz liegt dieser Anteil bei lediglich 13 Prozent.

2.5. Die Auswertungsmethoden

Die Auswertungen erfolgten in mehreren Schritten. In einem ersten Schritt wurden alle Fragen nach Randverteilungen ausgewertet und die für die Prüfung des Einflusses der Einkommensverhältnisse, der Parteibindungen und der Sprachregionen nötigen Kreuztabellierungen vorgenommen. Auftretende Unterschiede wurden mittels Signifikanztests bewertet. Anschliessend wurde nur noch mit statistisch relevanten Unterschieden weitergearbeitet.

In einem zweiten Schritt wurden die Resultate, wo vorhanden, mit den früheren Ergebnissen zu identischen Fragestellungen verglichen. Im dritten Schritt wurden die relevanten Resultate grafisch aufgearbeitet.

Für die genauere Untersuchung der Unterschiede auf Kantonsebene werden die Daten der Jahre 2008-2011 aggregiert. Dies bedeutet nichts anderes, als dass alle Antworten aus den letzten vier Jahren zu einer spezifischen Frage zusammen in einem so genannten Pool ausgewertet werden. Diese Datenaggregation ist notwendig, um in den einzelnen Kantonen genügend grosse Fallzahlen für statistisch fundierte Aussagen zu erreichen. Trotz Datenaggregation ist die Fallzahl mit $n < 50$ in den Kantonen OW, NW, SZ, GL und UR zu klein für gesicherte Aussagen. Aus diesem Grund wurden diese Kantone statistisch zur Region Innerschweiz zusammengefasst, ebenso wurden die beiden Appenzell zu einer Einheit zusammengefasst.

Auf der dazugehörigen Grafik wird oben rechts der schweizerische Durchschnitt angegeben. Die Zahlen in der Grafik bezeichnen jeweils, um wie viele Prozentpunkte der kantonale Durchschnitt vom nationalen Mittel abweicht. Befindet sich diese Abweichung innerhalb von plus/minus einer Standardabweichung, so wird der jeweilige Kanton grün eingefärbt. Liegt die Abweichung des kantonalen Durchschnitts jedoch über einer Standardab-

weichung, so wird der Kanton violett eingefärbt. Liegt er darunter, ist die Farbe blau.

Im Kapitel 3.8 haben wir zum Vergleich der subjektiv wahrgenommenen Steuerlast in den einzelnen Kantonen mit der tatsächlichen Steuerbelastung die durchschnittliche Steuerbelastung für die einzelnen Kantone auf Basis der Daten des Bundesamtes für Statistik berechnet. Die durchschnittliche Steuerbelastung im Kanton berechnen wir für eine alleinverdienende, verheiratete Person mit zwei Kindern und einem jährlichen Arbeitseinkommen in der Höhe von CHF 80'000. Berücksichtigung finden sowohl die Staats-, die Gemeinde-, als auch die Kirchensteuer.

2.6. Das Projektteam

Das Projektteam bestand aus den SpezialistInnen von gfs.bern zu Fragen von Finanz- und Wirtschaftspolitik:

Leitung

Claude Longchamp, Institutsleiter gfs.bern

Stellvertretung

Urs Bieri, Senior-Projektleiter gfs.bern

Stefan Agosti, Projektleiter gfs.bern

Datenanalyse

Stephan Tschöpe, wissenschaftlicher Mitarbeiter gfs.bern

Grafik, Desktop

Silvia Ratelband-Pally, Projektadministratorin gfs.bern

Jonas Ph. Kocher, wissenschaftlicher Mitarbeiter gfs.bern

Daniela Schempp, Praktikantin gfs.bern

3. Die Befunde

3.1. Die Übersicht

Der Teil zu den Befunden gliedert sich wie folgt:

Kapitel 3.2

Zunächst soll auf das Schwerpunktsthema Staatsverschuldung und Schuldenbremse eingegangen werden.

Kapitel 3.3

In einem zweiten Kapitel konzentrieren wir uns auf die Beurteilung der Behördenpolitik.

Kapitel 3.4

Im Zentrum des darauf folgenden Kapitels stehen die Spar- und Ausgabenbereiche.

Kapitel 3.5

Im vierten Befundkapitel soll die Beurteilung der Steuerlast genauer untersucht werden.

Kapitel 3.6

Die Strategien für den Staatshaushalt bilden den Inhalt des darauf folgenden Kapitels der Befunde.

Kapitel 3.7

Im letzten Befundkapitel wollen wir in Form eines kurzen Exkurses auf die kantonalen Unterschiede der wahrgenommenen Steuerbelastung im Vergleich zur objektiven Steuerbelastung eingehen.

Kapitel 4

Das letzte Kapitel schliesst in Form einer Synthese die Befunde ab.

3.2. Schwerpunktsthema Staatsverschuldung und Schuldenbremse

Als generelles Instrument der Finanzpolitik ist die Schuldenbremse in der Schweiz unverändert populär. 90 Prozent sind voll oder eher damit einverstanden, das bestehende Instrument auf gesamtschweizerischer Ebene beizubehalten. 61 Prozent sind im gleichen Grad der Auffassung, sie habe sich bewährt. 51 Prozent widersprechen der Auffassung, man habe damit den Schuldenanwuchs nicht verhindern können. Gegen eine Abschaffung der Schuldenbremse würden sich 83 Prozent bestimmt oder eher wehren.

Grafik 10:

Ansichten zur Schuldenbremse

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

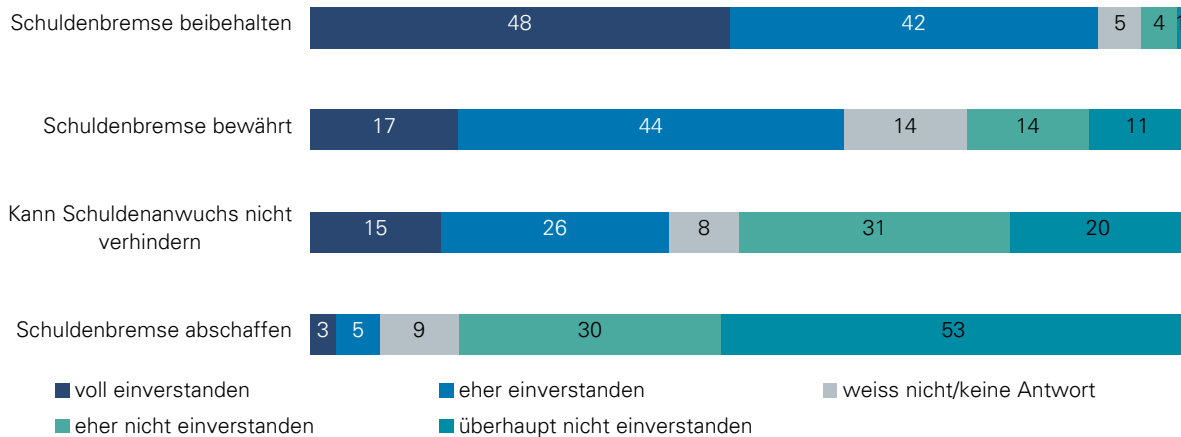
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Für die verbreitete Akzeptanz spricht, dass die Meinungen zwischenzeitlich parteiübergreifend gleichgerichtet ausfallen.

Grafik 11:

Ansichten zur Schuldenbremse nach Partei

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

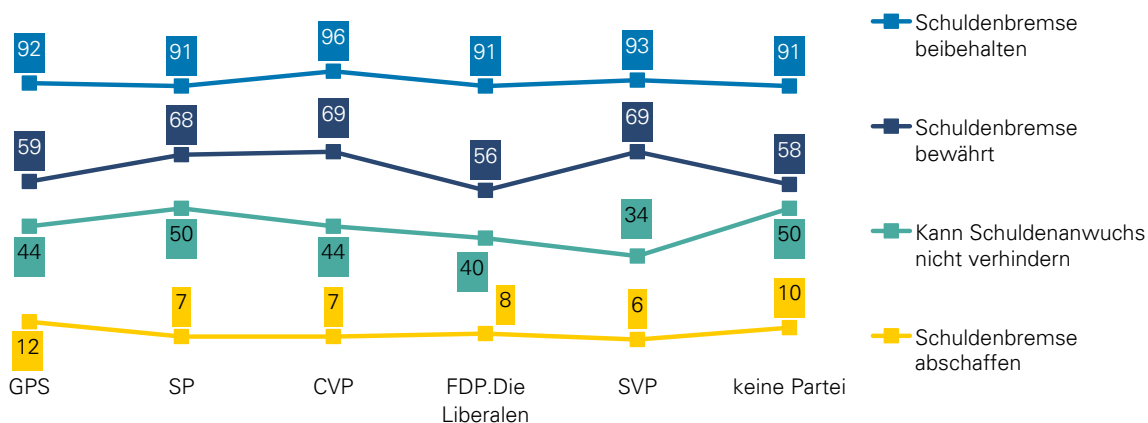
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

In keinem Lager will man die Schuldenbremse abschaffen, überall dominiert die Tendenz, sie zu behalten. Überall sind Mehrheiten der Auffassung, die Schuldenbremse habe sich seit der Einführung bewährt. Nur gerade bei SP-

Anhängerinnen und Anhängern und Parteiungebundenen bleibt die Skepsis knapp mehrheitlich, das Ganze könne den Schuldenanwuchs nicht verhindern. Die Befunde gelten weitgehend auch für Einkommensklassen und Sprachregionen.

Im Zeitvergleich können wir gegenüber dem vergangenen Jahr nur eine Veränderung feststellen:

Grafik 12:

Trend Ansichten zur Schuldenbremse

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

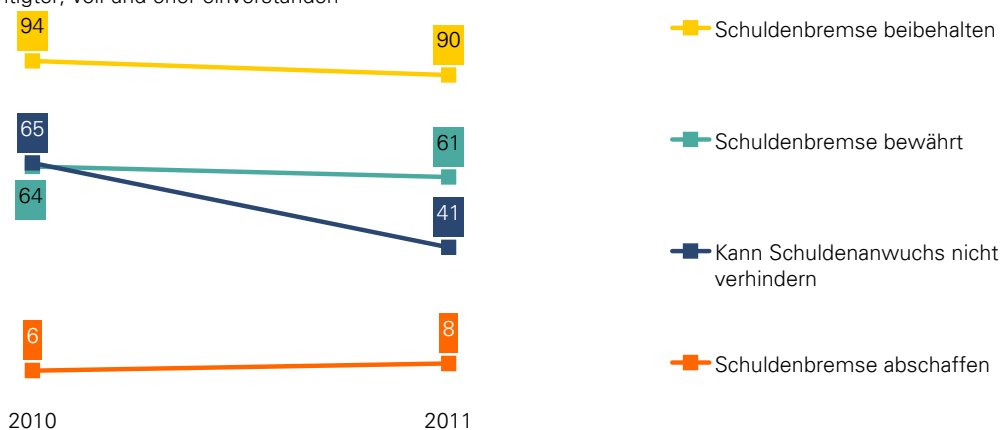
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

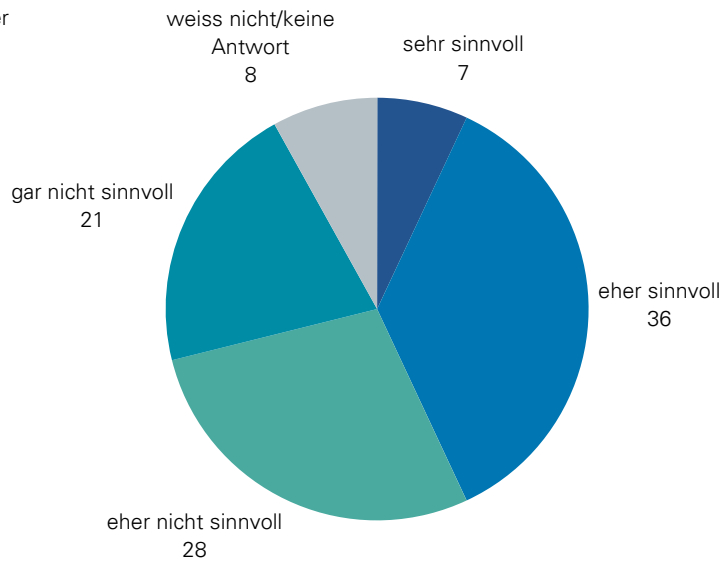
So wird die Wirksamkeit der Schuldenbremse auf die Bundesverschuldung gegenüber dem Vorjahr klar positiver beurteilt. Lag die Skepsis gegenüber der Möglichkeit der Verhinderung des Anwachsens der Schulden beim Bund durch die Schuldenbremse 2010 noch mehrheitlich bei 65 Prozent, so stimmen dieser Aussage zwischenzeitlich nur noch 41 Prozent zu. Demgegenüber sind die Meinungen zu den anderen Aussagen im Wesentlichen stabil.

Skeptischer ist die Haltung gegenüber der Einführung der Schuldenbremse für die Sozialversicherungen. 43 Prozent fänden das Instrument auf die Sozialversicherungen angewandt sehr oder eher sinnvoll. 49 Prozent widersprechen dem ganz oder teilweise und 8 Prozent konnten sich keine Meinung dazu bilden.

Schuldenbremse für Sozialversicherungen

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"

in % Stimmberechtigter



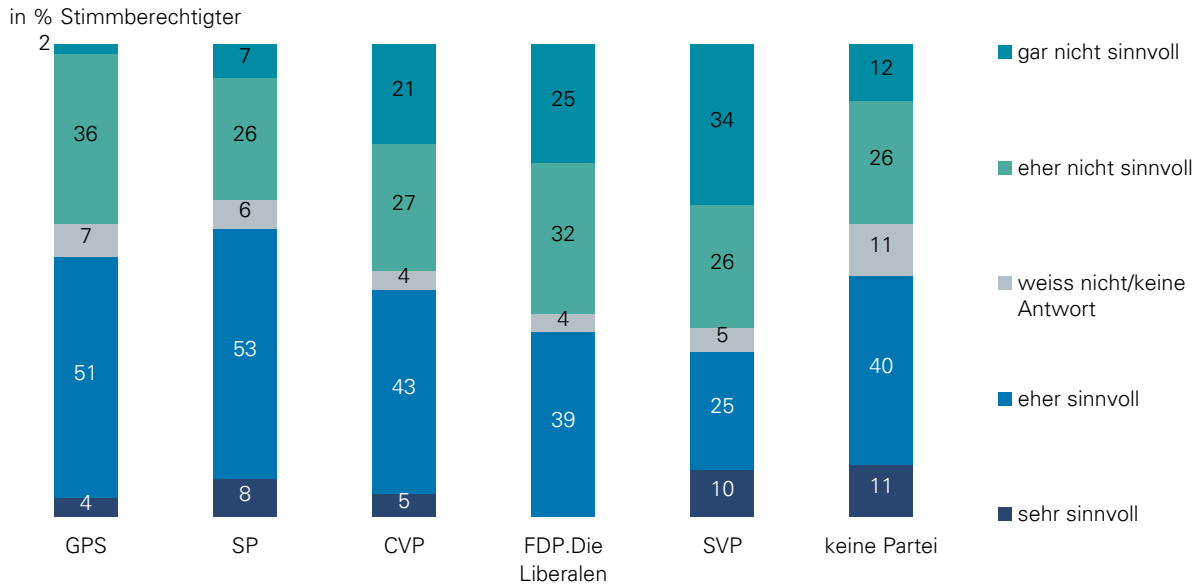
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Aus Parteiensicht sind es die WählerInnen der SP und der Grünen, aber auch die Parteiungebundenen, die sich durchaus für eine Ausweitung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen erwärmen könnten. Gerade unter SP-SympathisantInnen finden dies 61 Prozent sehr oder eher sinnvoll. Bei den Grünen mit 55 Prozent und den Parteiungebundenen mit 51 Prozent sind diese Mehrheiten weniger klar. Für die Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien kommt eine solche Ausweitung der Schuldenbremse eher nicht in Frage. Einzig die CVP-SympathisantInnen sind in dieser Frage gespalten. Bei FDP und SVP finden sich Mehrheiten, die sich dagegen aussprechen.

Grafik 14:

Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Partei

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"



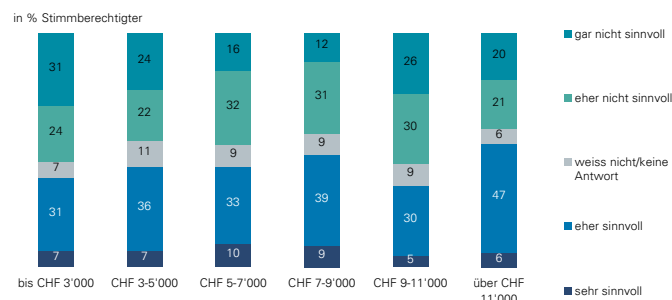
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), sig.

Unterschiede finden sich auch bezüglich des Haushaltseinkommens und der Sprachregion.

Grafik 15:

Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Haushaltseinkommen

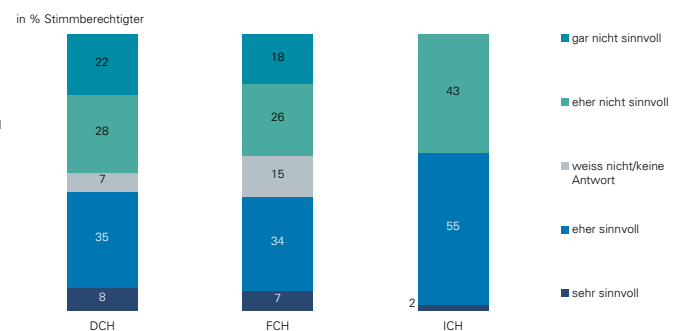
"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), sig.

Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Sprache

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), sig.

Die Ansicht, eine Ausweitung der Schuldenbremse sei sehr oder eher sinnvoll, nimmt tendenziell mit ansteigendem Haushaltseinkommen zu, wohingegen sich die Skepsis eher verringert. Hier sehen wir eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in welchem die Schuldenbremse für Sozialversicherungen noch eher bei unteren Einkommensklassen auf Zuspruch und bei der Gruppe mit den tiefsten Haushaltseinkommen sogar auf eine mehrheitliche Zustimmung von 65 Prozent (sehr und eher sinnvoll) gestossen ist. Aktuell ist es jedoch die Gruppe mit dem höchsten Haushaltseinkommen, welche einen solchen Vorschlag mehrheitlich als sinnvoll erachtet.

Zwischen der Deutschschweiz und der Romandie finden sich geringfügige Unterschiede, vor allem durch die etwas grössere Verunsicherung unter französischsprachigen Stimmberechtigten. Einzig im Tessin wird die Einführung einer Schuldenbremse für Sozialversicherungen aktuell mehrheitlich als sehr oder eher sinnvoll angesehen. Hier zeigt sich die markanteste Veränderung in

der Deutschschweiz, in welcher 2010 noch mehrheitliche 63 Prozent eine Schuldenbremse für Sozialversicherungen als eher oder gar nicht sinnvoll erachteten. 2011 hat sich dieser Anteil auf gerade noch mehrheitliche 50 Prozent verringert, während der Zuspruch von vormals 33 Prozent auf heute 43 Prozent angestiegen ist.

Der Zeitvergleich zum Vorjahr weist auf einen leichten Anstieg der Akzeptanz einer Schuldenbremse auch für Sozialversicherungen hin.

Grafik 16:

Trend Schuldenbremse für Sozialversicherungen

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Der Anteil derjenigen, die eine solche für sehr oder eher sinnvoll erachten, steigt von 39 Prozent im Vorjahr auf 43 Prozent im 2011. Im Gegenzug verringert sich der Anteil der Stimmberechtigten, die eine solche Ausweitung für eher oder gar nicht sinnvoll halten, von vormals mehrheitlichen 55 Prozent auf heute knapp minderheitliche 49 Prozent.

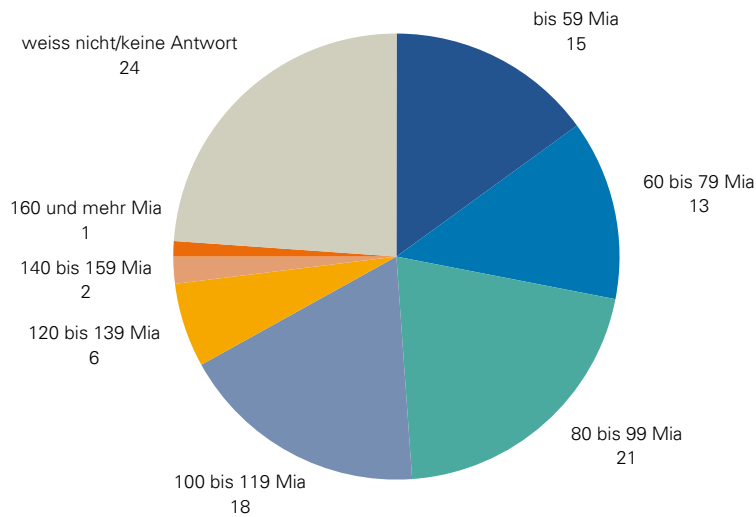
Nominal werden die Bundesschulden von den Befragten tendenziell zu tief eingeschätzt. Im ungefähr korrekten Bereich von 100 bis 119 Mia. Franken finden sich 18 Prozent der Befragten, während 59 Prozent von einem tieferen Betrag an Bundesschulden ausgehen. Überschätzt werden die Schulden hingegen lediglich von neun Prozent, wobei aber ein Viertel der Befragten sich ausser Stande sah, eine Schätzung über die aktuelle Höhe der Bundesschulden abzugeben.

Grafik 17:

Einschätzung Bundesschulden

"Wissen Sie, wie gross die Schulden sind, welche die Eidgenossenschaft, also der Bund, aber ohne die Kantone, Ende 2010 hatte? Machen Sie mir bitte eine möglichst genaue Schätzung in Milliarden Franken. Wenn Sie es nicht wissen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

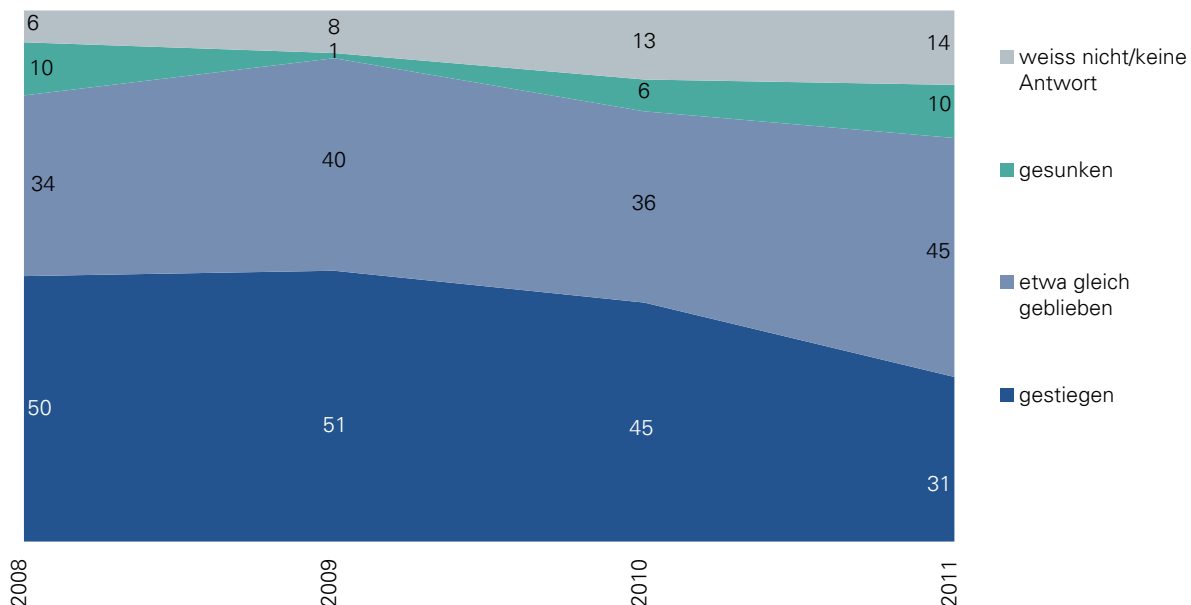
Fragt man nach der Einschätzung zur Entwicklung der Bundesschulden in den vergangenen fünf Jahren, so traut sich bereits ein grösserer Anteil der Befragten eine Aussage zu. Doch ist auch in diesem Fall die Einschätzung mehrheitlich eher zu negativ. Gerade einmal 10 Prozent gehen korrekterweise von gesunkenen Bundesschulden aus. Der grösste Anteil von 45 Prozent ist der Meinung, die Schulden seien etwa gleich geblieben, und 31 Prozent sind sogar der Meinung, sie seien angestiegen.

Grafik 18:

Trend Beurteilung Entwicklung Bundesschulden

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Über die Zeit zeigt sich aber doch, dass die Stimmberechtigten nach 2009 immer weniger von einem weiteren Anstieg der Bundesschulden ausgehen. Das Gleichbleiben, aber auch das Absinken der Schulden, wird hingegen öfter genannt.

Ein Anstieg der Bundesschulden in den vergangenen fünf Jahren wird am meisten von der FDP-Anhängerschaft genannt. 48 Prozent sind dieser Meinung. Bei der CVP, aber auch bei den Grünen, liegt dieser Anteil bei circa 40 Prozent, während bei SP (25%), SVP (29%) und Parteilosen (31%) kleinere Anteile von einem Anstieg ausgehen. Einzig die SVP-SympathisantInnen sind mit 52 Prozent mehrheitlich der Meinung, die Bundesschulden seien in den letzten fünf Jahren stabil geblieben. Ein mehrheitlicher Anteil an Stimmberechtigten, die derselben Meinung sind, findet sich ausserdem in der Deutschschweiz (50%), dem Tessin (63%) und bei Haushaltseinkommen über 7'000 Schweizer Franken (zwischen 50% und 54%).

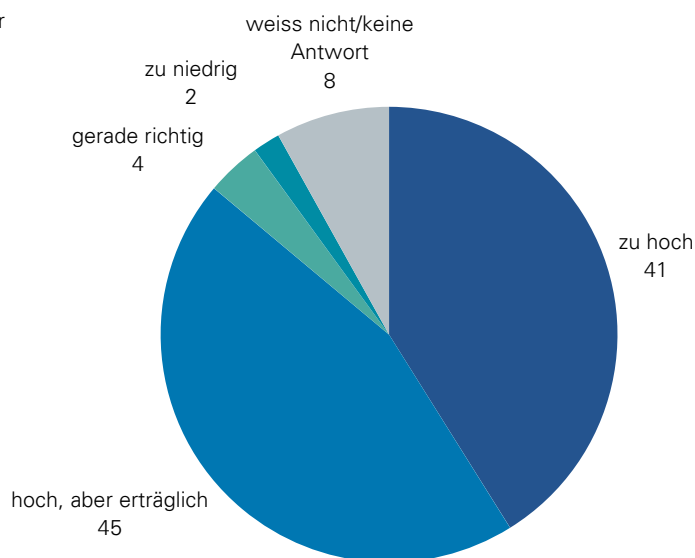
Obwohl die Befragten in der 2011 leicht adaptierten Version der Fragestellung darauf hingewiesen wurden, dass die Bundesschulden in den letzten fünf Jahren gesunken sind, empfinden 41 Prozent der Stimmberechtigten die angegebenen 110 Mia. CHF Schulden als zu hoch. Ein ähnlich grosser Anteil von 45 Prozent schätzt diese zwar als hoch ein, empfindet die Höhe der Schulden aber als erträglich. Nur gerade vier beziehungsweise zwei Prozent sind der Meinung, die Schulden seien in der richtigen Höhe oder gar zu gering.

Grafik 19:

Beurteilung Höhe Bundesschulden

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Unterschiede finden sich entlang des Haushaltseinkommens, bei welchem mit Anstieg des Einkommens eine Tendenz hin zur Einschätzung der zwar hohen, aber erträglichen Schulden besteht. Im gleichen Ausmass werden die Schulden weniger als eindeutig zu hoch eingeschätzt. Entlang der Sprachregionen beobachten wir in der Westschweiz eine Mehrheit von 64 Prozent, welche die aktuellen Schulden als zu hoch empfindet. Dies eher im Gegensatz zur deutschsprachigen und italienischsprachigen Schweiz, wo jeweils die grössten Anteile (DCH: 49%, ICH: 76%) die Schulden für hoch, aber erträglich halten.

Auch wenn die Fragestellung gegenüber den Vorjahren leicht adaptiert wurde, setzt sich der seit 2008 zu beobachtende Trend der Verlagerung der Beur-

teilung der Bundesschulden von „zu hoch“ hin zu „zwar hoch, aber erträglich“ auch in diesem Jahr fort, und die Meinung zu hoher Schulden ist mit 41 Prozent sogar erstmals minderheitlich.

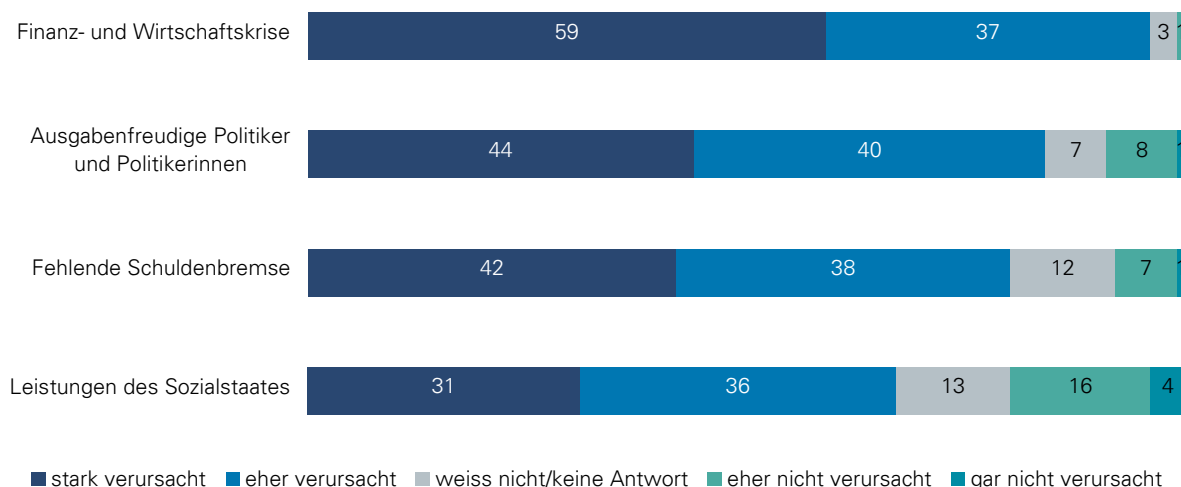
Die Schweizer Stimmberechtigten machen mit 96 Prozent die Finanz- und Wirtschaftskrise klar am stärksten für die in vielen Nachbarländern in den letzten Jahren stark gestiegenen Staatsschulden verantwortlich. 84 Prozent geben ausserdem an, dass ausgabenfreudige PolitikerInnen die ansteigenden Schulden stark oder eher verursacht haben. Auch eine fehlende Schuldenbremse wird von 80 Prozent der Stimmberechtigten als mögliche Ursache einer zunehmenden Verschuldung gesehen. Dass die Leistungen des Sozialstaates mitursächlich für Staatsschulden sind, geben 67 Prozent an, wobei 20 Prozent dies eher oder gar nicht so sehen.

Grafik 20:

Staatsschulden in den Nachbarländern

"Im Gegensatz zur Schweiz sind in vielen Nachbarländern in den letzten Jahren die Staatsschulden stark angestiegen. Ich lese Ihnen jetzt einige Elemente vor, welche man in Zusammenhang mit Staatsschulden in Nachbarländern immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte wie stark die einzelnen Elemente die Staatsschulden verursacht haben. Sagen Sie mir jeweils, ob das Element die Staatsschulden in den Nachbarländern stark verursacht, eher verursacht, eher nicht verursacht oder gar nicht verursacht hat."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Unterschiede entlang der Parteiaffinitäten finden sich lediglich bei der Frage der fehlenden Schuldenbremse sowie der Leistungen des Sozialstaates. So sind WählerInnen der SP, aber auch Parteiungebundene, tendenziell weniger der Meinung, die fehlende Schuldenbremse sei mitverursachend für die Verschuldung anderer Staaten. Für die Anhängerschaft der SP sind die Leistungen des Sozialstaates ausserdem für einen kleineren Anteil (64%) schuldentreibend. In der Westschweiz werden interessanterweise neben den ausgabenfreudigen Politikern (FCH: 96%, DCH 80%, ICH: 77%) auch die Leistungen des Sozialstaates (FCH: 84%, DCH 62%, ICH: 81%) vermehrt als stark oder eher verursachend für die Schulden der Nachbarländer angesehen.

3.2.1. Zwischenbilanz

Die Schuldenbremse ist als generelles Instrument der Finanzpolitik unter den Schweizer Stimmberechtigten unverändert populär. So spricht sich eine fast flächendeckende Mehrheit für deren Beibehaltung aus, und ihre Abschaffung ist nur für eine kleine Minderheit ein Thema. Die Schuldenbremse hat sich als Instrument für eine Mehrheit bewährt, und so wird ihr auch mehrheitlich die

Fähigkeit der Verhinderung des Schuldenwachstums zuerkannt. Die Beurteilung der Wirksamkeit fällt im Vergleich zum Vorjahr klar besser aus.

Etwas skeptischer ist die Haltung gegenüber der Einführung der Schuldenbremse für Sozialversicherungen, welche zwar nur minderheitlich als gar nicht oder eher nicht sinnvoll betrachtet wird, aber auf der Gegenseite auch nur minderheitliche 43 Prozent Zustimmung erhält.

Nominal werden die Bundesschulden tendenziell zu tief eingeschätzt. Trotzdem ist ein Grossteil der Stimmberechtigten der Meinung, die Schulden seien in den letzten fünf Jahren entweder gleich geblieben (45%) oder gar gestiegen (31%). Tendenzuell rückläufige 41 Prozent der Stimmberechtigten empfinden die aktuellen Bundesschulden als zu hoch.

Die in den letzten Jahren angestiegene Verschuldung vieler Nachbarländer der Schweiz wird von den Befragten am klarsten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise aber auch auf ausgabenfreudige PolitikerInnen, das Fehlen einer Schuldenbremse sowie die Leistungen des Sozialstaates zurückgeführt.

3.3. Beurteilung der Behördenpolitik

Einiges spricht dafür, dass die Polarisierung in finanzpolitischen Fragen, die 2007 auf dem Höhepunkt war, zurückgegangen ist.

So hat sich der generelle Eindruck über die Behörden in der Finanzpolitik verbessert. Sinkend ist der Anteil jener, die denken, dass die Behörden die Ausgaben nicht im Griff hätten. Dieser hat im Jahresvergleich von 59 auf 53 Prozent abgenommen. 51 Prozent sind der Auffassung, der Staat vernachlässige wichtige Aufgaben. Das sind ebenfalls sieben Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr.

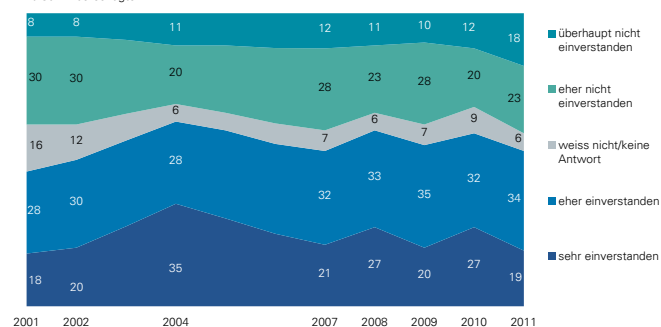
Grafik 21:

Trend Aussagen zu Behörden

*Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?

Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff.

in % Stimmberechtigter



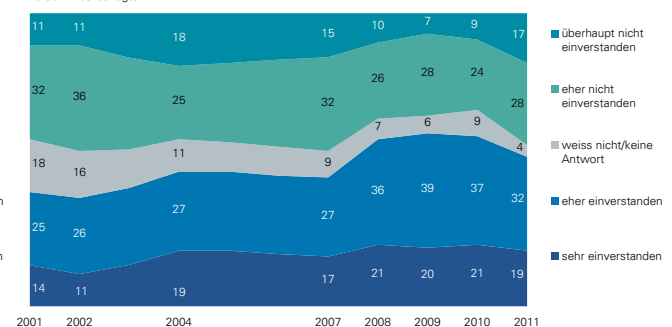
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Aussagen zu Behörden

*Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?

Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates.

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Nach Parteien betrachtet fällt doch die Kritik an der Kontrolle der Ausgaben quer über alle Partei-SympathisantInnen und auch die Parteiungebundenen auf. Einzig unter CVP-WählerInnen ist eine solche nur minderheitlich zu finden. In Bezug auf die Aufgabenkritik ist das Bild ausgeglichener. Auch hier kommt den Behörden von Seiten der CVP die geringste Kritik zu, doch wird auch von FDP- und SP-SympathisantInnen nur minderheitlich Kritik an der Aufgabenerfüllung des Staates geäussert. Knapp mehrheitlich äussern sich hingegen in dieser Richtung Parteiungebundene sowie SVP- und Grünen-WählerInnen.

Grafik 22:

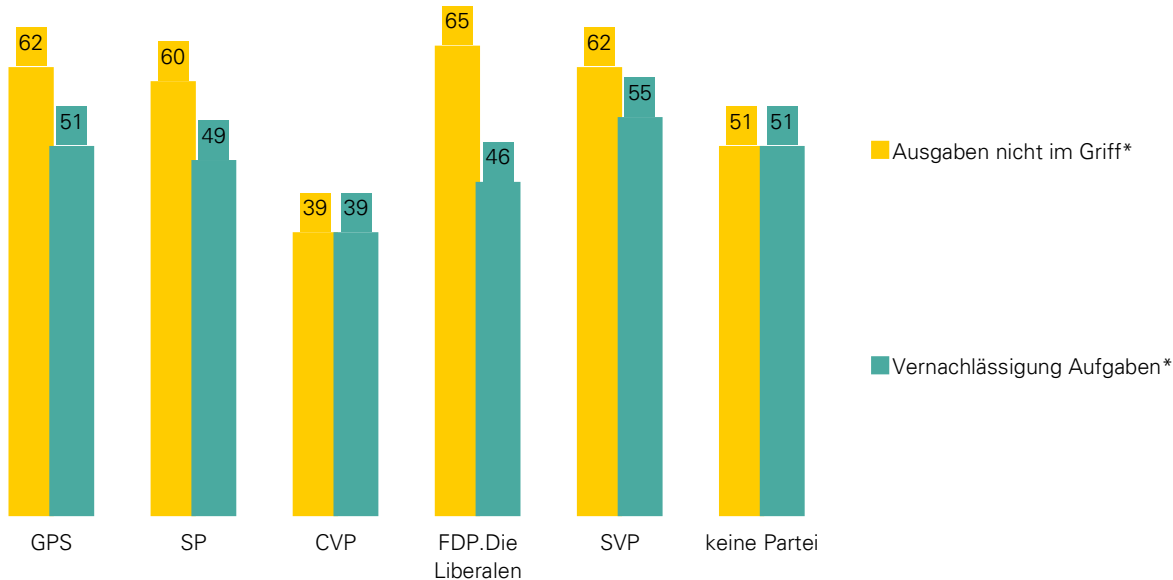
Aussagen zu Behörden nach Partei

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), *Unterschiede zwischen den Untergruppen der jeweiligen Frage signifikant

Unterschiede finden sich auch entlang des Haushaltseinkommens und der Sprachregionen. So nimmt die Kritik sowohl an Aufgaben als auch an Ausgaben mit zunehmendem Haushaltseinkommen tendenziell ab. Wobei die Aufgabenkritik die Ausgabenkritik bei den unteren Einkommen eher überwiegt. Für die Ausgabenkritik können wir das Gegenteil feststellen, sodass eher mehr Ausgabenkritik von den oberen Einkommensklassen geäußert wird, als dies für Aufgabenkritik der Fall ist.

Grafik 23:

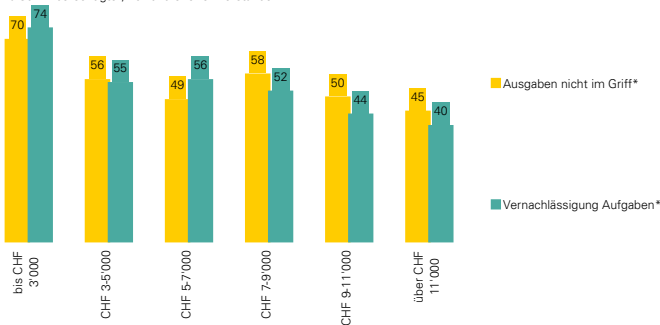
Aussagen zu Behörden nach Haushaltseinkommen

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



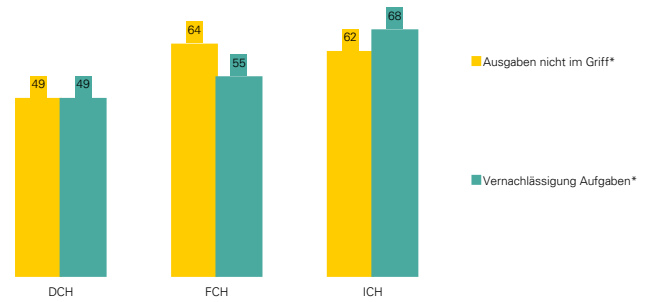
Aussagen zu Behörden nach Sprache

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), *Unterschiede zwischen den Untergruppen der jeweiligen Frage signifikant © gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), *Unterschiede zwischen den Untergruppen der jeweiligen Frage signifikant

In der Romandie ist die Kritik an der Kontrolle der Ausgaben am grössten, wobei im Tessin eher die Aufgabenkritik verstärkt zu beobachten ist. In der Deutschschweiz wird sowohl Kritik an der Ausgabenkontrolle als auch an der Aufgabenerfüllung des Staates gleichermassen knapp minderheitlich von 49 Prozent der Befragten geäußert.

49 Prozent sind der Auffassung, insgesamt mehr oder gleich viel vom Staat zu erhalten, wie sie bezahlen. Seit dem Jahr 2000 ist das der höchste Wert. Zudem stellen wir seit 2008 eine stetige Vergrößerung dieses Anteiles fest. Demgegenüber finden sich kaum veränderte 43 Prozent der Stimmberechtig-

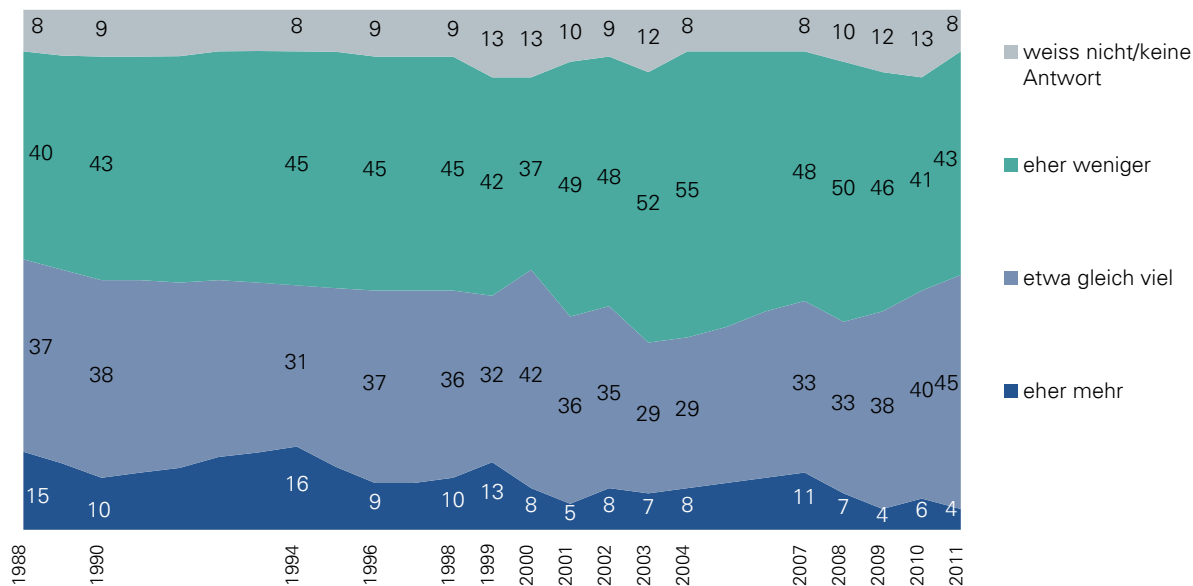
ten, welche der Meinung sind, weniger Leistungen vom Staat zu erhalten, als sie dafür Steuern und Abgaben bezahlen.

Grafik 24:

Trend Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben

"Alles in allem, bekommen Sie selber vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Unter CVP- (52%) und FDP-Anhängern (56%), aber auch unter Sympathisanten der Grünen (58%) finden sich Mehrheiten, die von einem ausgeglichenen oder gar positiven Verhältnis zwischen Abgaben und Leistungen ausgehen. Dies ist für WählerInnen der SP (45%) und der SVP (43%) sowie für Parteiungebundene (46%) nicht festzustellen. Unter SP-Sympathisanten dominiert mit 50 Prozent sogar knapp mehrheitlich die Auffassung eher weniger vom Staat zu erhalten, als was man dafür bezahlen muss.

In der Romandie (42% "etwa gleich viel" oder "eher mehr") aber auch im Tessin (41%) fällt die Beurteilung von Abgaben und Leistungen ebenfalls kritischer aus als dies in der Deutschschweiz der Fall ist. Dort ist eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der Meinung, dass mindestens ein ausgeglichenes Verhältnis besteht.

3.3.1. Zwischenbilanz

Die Polarisierung in finanzpolitischen Fragen ist wohl eher wieder etwas rückläufig. So hat sich der generelle Eindruck über die Behörden in der Finanzpolitik verbessert. Sinkend ist auch der Anteil jener, die denken, dass die Behörden die Ausgaben nicht im Griff hätten. Er hat im Jahresvergleich von 59 auf 53 Prozent abgenommen. 51 Prozent sind der Auffassung, der Staat vernachlässige wichtige Aufgaben. Das sind ebenfalls sieben Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr.

49 Prozent sind der Auffassung, insgesamt mehr oder gleich viel vom Staat zu erhalten, wie sie bezahlen. Seit dem Jahr 2000 ist das der höchste Wert. Seit 2008 hat er sich jährlich verbessert.

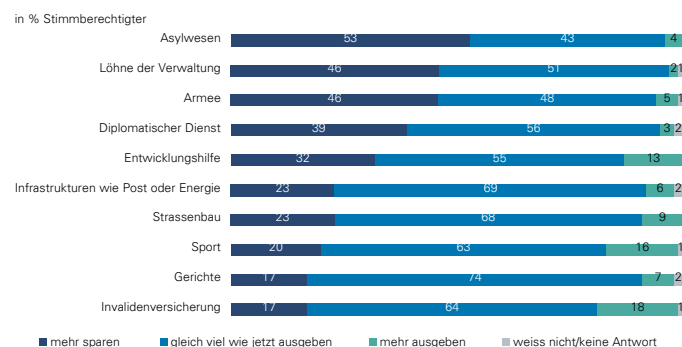
3.4. Spar- und Ausgabenbereiche

Konkret nachgefragt ergibt sich nur beim Asylwesen (53%) eine Mehrheit, die mehr als bis jetzt sparen möchte. Polarisiert sind die Meinungen bei den Löhnen der Verwaltung und der Armee (je 46%). In allen anderen Bereichen überwiegt die Meinung eindeutig, man soll gleich viel wie bisher ausgeben. Am höchsten ist der Anteil jener, die Mehrausgaben befürworten, mit 46 Prozent noch bei der Bildung, gefolgt von der Forschung (33%). In keinem Bereich will eine Mehrheit Mehrausgaben.

Grafik 25:

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr sparen)

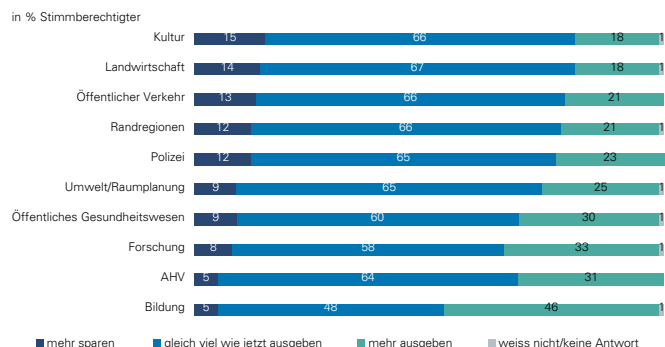
"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (2) (mehr sparen)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

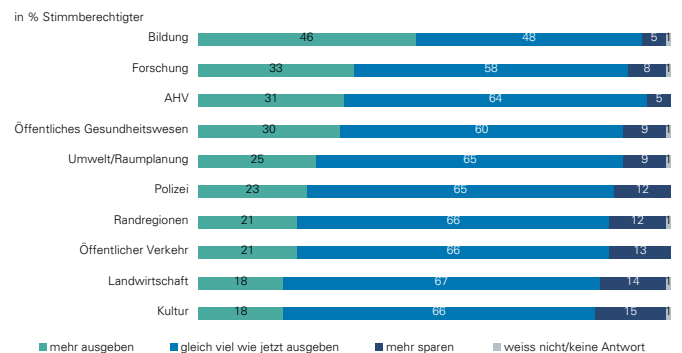


© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Grafik 26:

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr ausgeben)

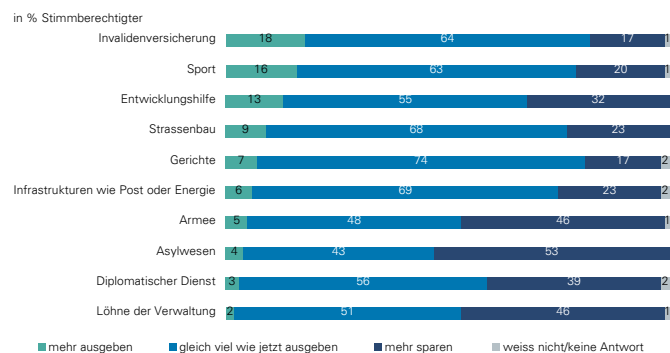
"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (2) (mehr ausgeben)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



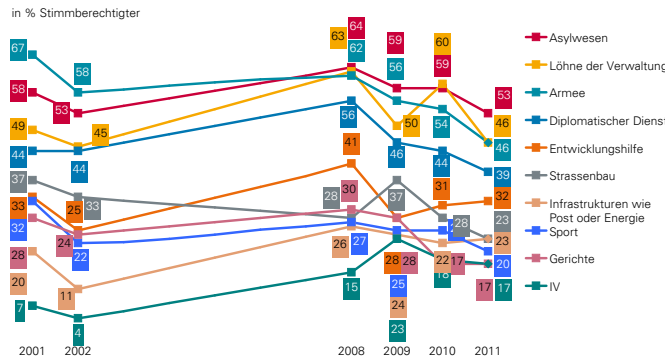
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Die Kritiken bezüglich der Ausgaben sind fast durchwegs rückläufig. Die Trendwende setzte in den meisten Fällen 2008 mit der globalen Finanzmarktkrise ein. Die mehrheitliche Sparneigung bei der Verwaltung, der Armee und dem diplomatischen Dienst, die damals noch bestand, ist verschwunden.

Grafik 27:

Trend Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr sparen)

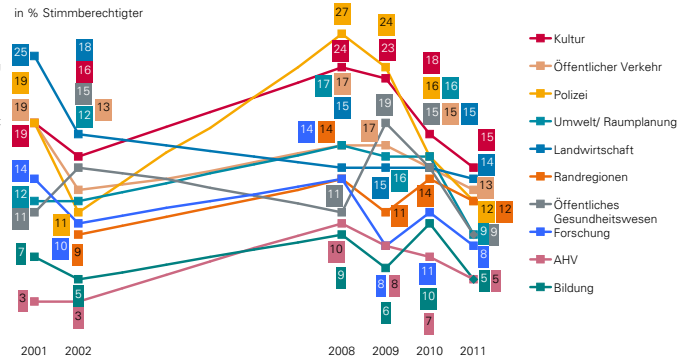
"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Beurteilung öffentlicher Aufgaben (2) (mehr sparen)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



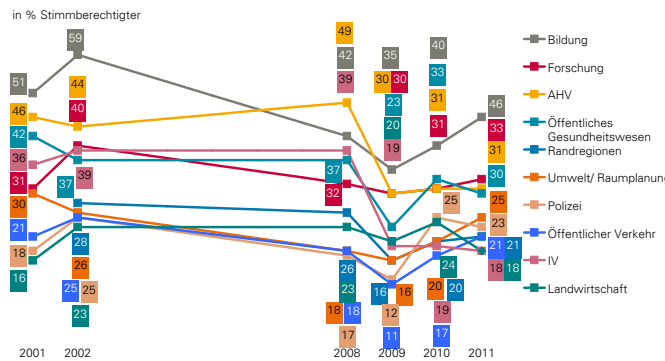
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor keine Mehrheiten für Mehrausgaben. Die Bildung konnte als einzige Bereich in den letzten Jahren an Ausgabewillen zulegen, wobei die Zustimmung auch 2011 minderheitlich verbleibt. Auf deutlich tieferem Niveau gilt dies seit dem gleichen Jahr für den öffentlichen Verkehr. Nicht zutreffend ist es dagegen bei den Sozialwerken, wo die Ausgabenbereitschaft nach der Abnahme zwischen den Jahren 2008 und 2009 seither auf tiefem Niveau stabil bleibt.

Grafik 28:

Trend Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr ausgeben)

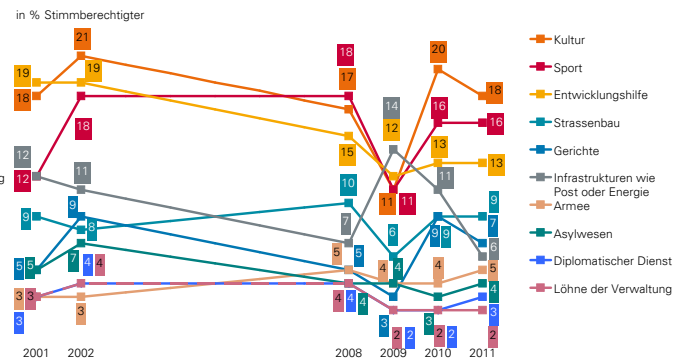
"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Beurteilung öffentlicher Aufgaben (2) (mehr ausgeben)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Der parteipolitische Dissens aber bleibt. Die SVP möchte mehrheitlich im Asylwesen (72%), bei der Verwaltung (57%) und der Entwicklungshilfe (57%) sparen. Gemäss FDP- und CVP-AnhängerInnen soll vorwiegend im Asylwesen gespart werden (FDP 58%, CVP 56%). SP-Wählende würden mehrheitlich bei der Armee (74%), der Verwaltung (54%) und der Diplomatie (52%) ansetzen. Grünen-AnhängerInnen schliesslich lassen sich nur in Armeefragen (58%) in einer Mehrheit für Sparprogramme mobilisieren. Grüne-, SP- und FDP-Wählerschaften kann man umgekehrt mehrheitlich gewinnen, wenn man mehr Ausgaben im Bildungsbereich fordert (GPS 60%, SP 57%, FDP 56%). Bei den Wählerschaften der anderen Parteien sticht kein Bereich hervor, bei dem man mehrheitlich mehr ausgeben könnte.

3.4.1. Zwischenbilanz

2011 findet sich nur noch im Asylwesen eine Mehrheit, die sparen möchte. Polarisiert sind die Meinungen bei den Löhnen der Verwaltung und der Armee (je 46%). In allen andern Bereichen überwiegt die Meinung eindeutig, man soll gleich viel wie bisher ausgeben. Am höchsten ist der Anteil jener, die Mehrausgaben befürworten, mit 46 Prozent noch bei der Bildung, gefolgt von der Forschung (33%). In keinem Bereich will eine Mehrheit Mehrausgaben.

Hieraus schlussfolgern wir, dass der Sparwille fast durchwegs rückläufig ist. Die Trendwende setzte in den meisten Fällen 2008 mit der globalen Finanzmarktkrise ein. Die mehrheitliche Sparneigung bei der Verwaltung, der Armee und dem diplomatischen Dienst, die damals noch bestand, ist zwischenzeitlich verschwunden.

Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor keine Mehrheiten für Mehrausgaben. Die Bildung konnte als einzige Bereich in den letzten Jahren an Ausgabewillen zulegen, wobei die Zustimmung auch 2011 minderheitlich verbleibt. Auf deutlich tieferem Niveau gilt dies seit dem gleichen Jahr für den öffentlichen Verkehr. Nicht zutreffend ist es dagegen bei den Sozialwerken, wo die Ausgabenbereitschaft nach einem starken Abfall seit 2009 auf tiefem Niveau verharret.

3.5. Beurteilung der Steuerlast

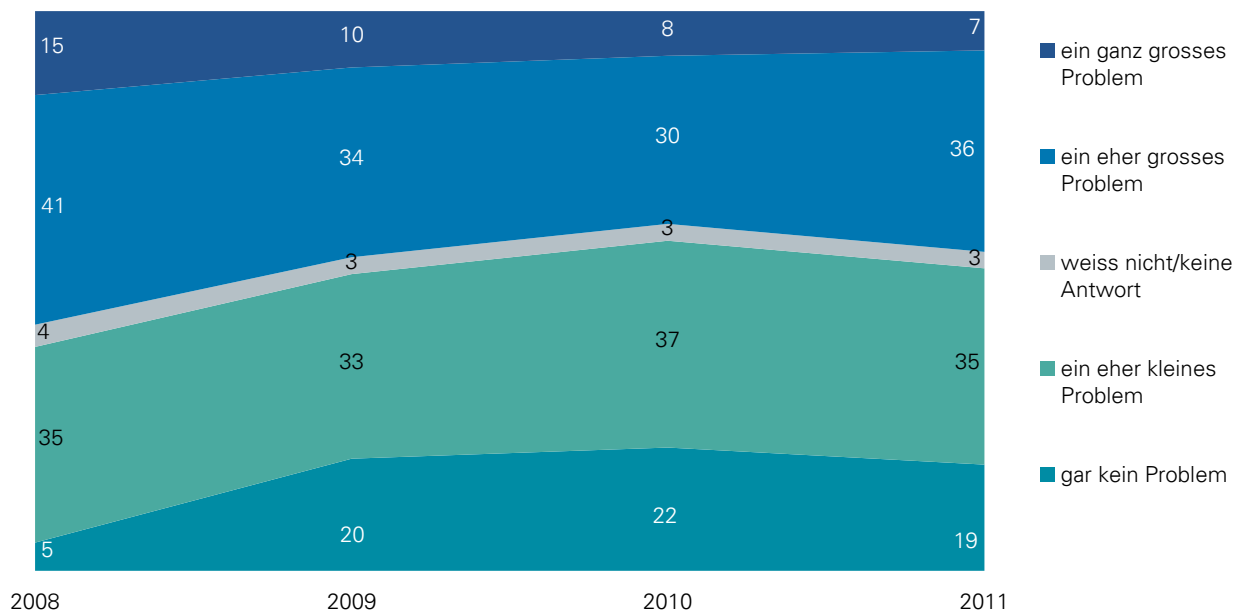
Die empfundenen Belastungen durch Steuern haben 2011 wieder leicht zugenommen. 43 Prozent haben sehr oder eher Probleme, ihre Steuern zu bezahlen. Das sind fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und gleich viele wie 2009. Demgegenüber hat der Anteil Stimmberechtigter, welcher gar kein oder eher ein kleines Problem hat, die Steuern zu bezahlen, auf – dennoch weiterhin mehrheitliche – 54 Prozent abgenommen.

Grafik 29:

Trend Belastung durch Steuern

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"

in % Stimmberechtigter



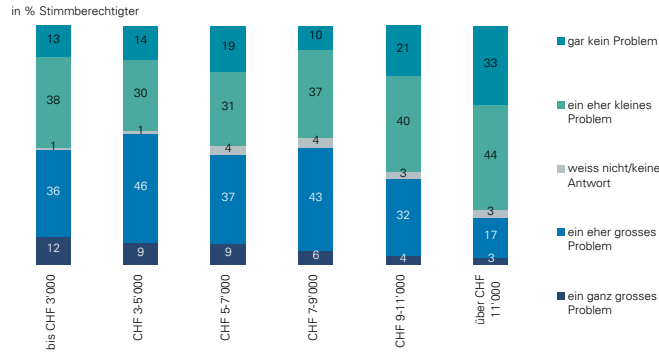
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Am verbreitetsten sind die Klagen in der unteren Mittelschicht (3'000 bis 5'000 Schweizer Franken Haushaltseinkommen monatlich). Dort sind sie sogar mehrheitlich verbreitet. Am geringsten fällt der Prozentsatz bei der höchsten Einkommensklasse aus, wo sich 20 Prozent beklagen.

Grafik 30:

Belastung durch Steuern nach Haushaltseinkommen

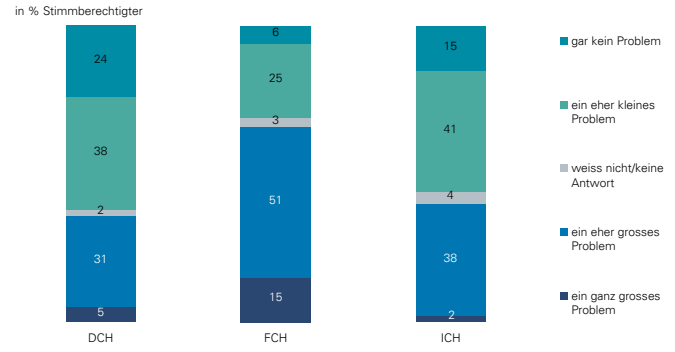
"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem, oder gar kein Problem?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), sig.

Belastung durch Steuern nach Sprache

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem, oder gar kein Problem?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000), sig.

Parteilpolitisch ist bei der SP eine Mehrheit von 56 Prozent negativ eingestellt. Bei allen anderen ParteianhängerInnen sowie bei Parteiungebundenen finden sich lediglich Unterschiede in der Deziidertheit, nicht aber im Ausmass der Problemeinschätzung. Massiv sind die Unterschiede auch nach Sprachregionen. In der Romandie sind die negativen Äusserungen mit 66 Prozent klar mehrheitlich. Im Gegensatz dazu empfindet ebenso eine Mehrheit der Stimmberechtigten in der Deutschschweiz (62%) und im Tessin (56%) die Steuerbelastung als kleines bis gar kein Problem.

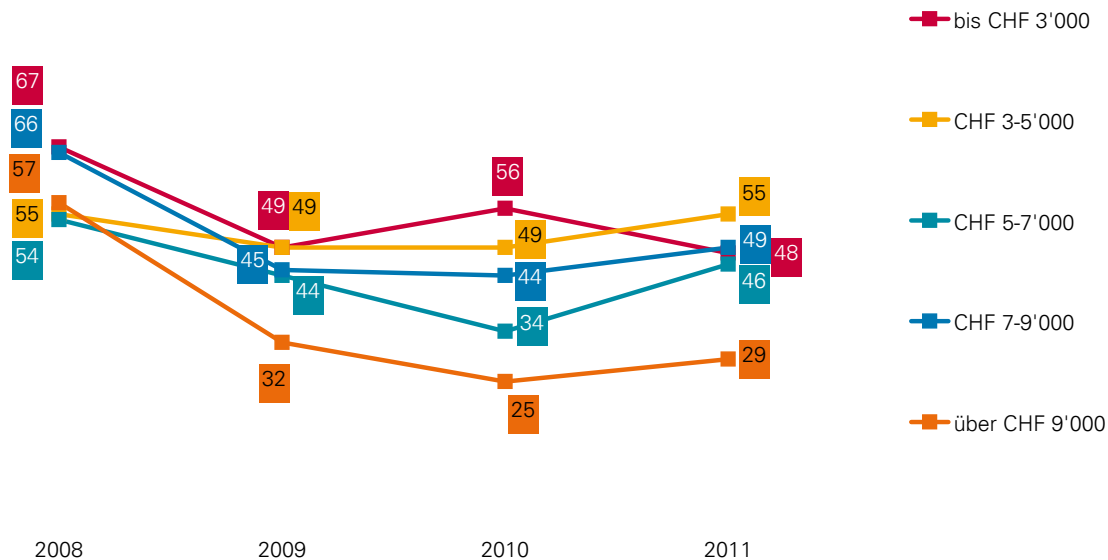
In der Trendbetrachtung nach Haushaltseinkommen hat die Belastung durch Steuern einzig bei den tiefsten Haushaltseinkommen bis CHF 3'000 gegenüber dem Vorjahr abgenommen und ist nun wieder auf dem Niveau von 2009. Für alle anderen Einkommensklassen lässt sich ein leichter Trend hin zu einer grösseren Problemsicht bei der Steuerentrichtung feststellen.

Grafik 31:

Trend Belastung durch Steuern nach Haushaltseinkommen

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem, oder gar kein Problem?"

in % Stimmberechtigter, ganz und eher grosses Problem



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

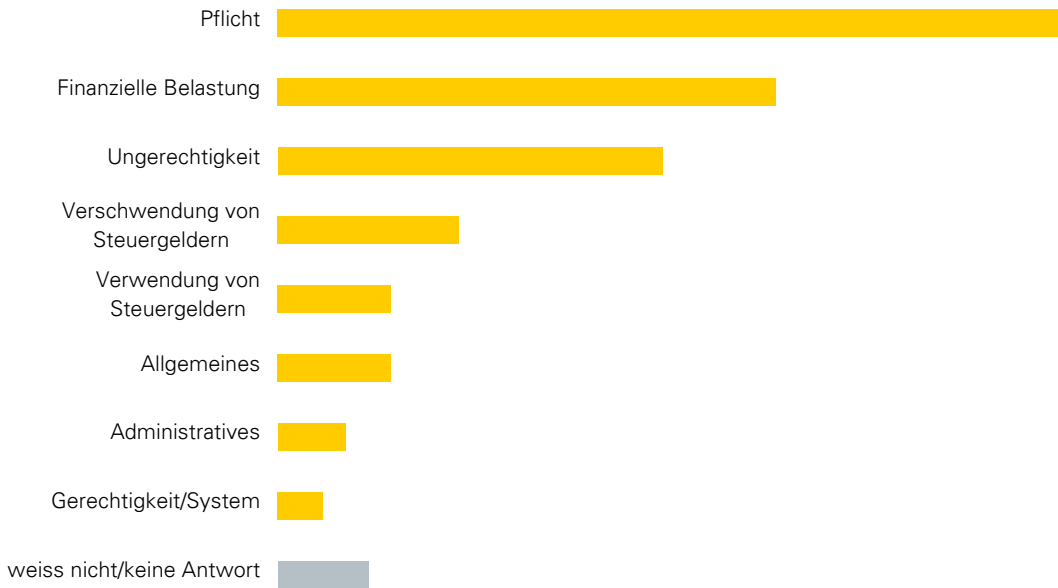
Der Begriff Steuern wird spontan am stärksten mit Pflicht, etwas weniger aber auch mit einer finanziellen Belastung oder Ungerechtigkeit assoziiert.

Grafik 32:

Assoziationen zu Steuern

"Was kommt Ihnen als erstes in den Sinn, wenn Sie das Wort „Steuern“ hören?"

Basis: inhaltliche Nennungen



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Dass die Bezahlung der Steuern vornehmlich als Pflicht wahrgenommen wird, zeigt sich auch in der Beurteilung von Aussagen zu Steuern:

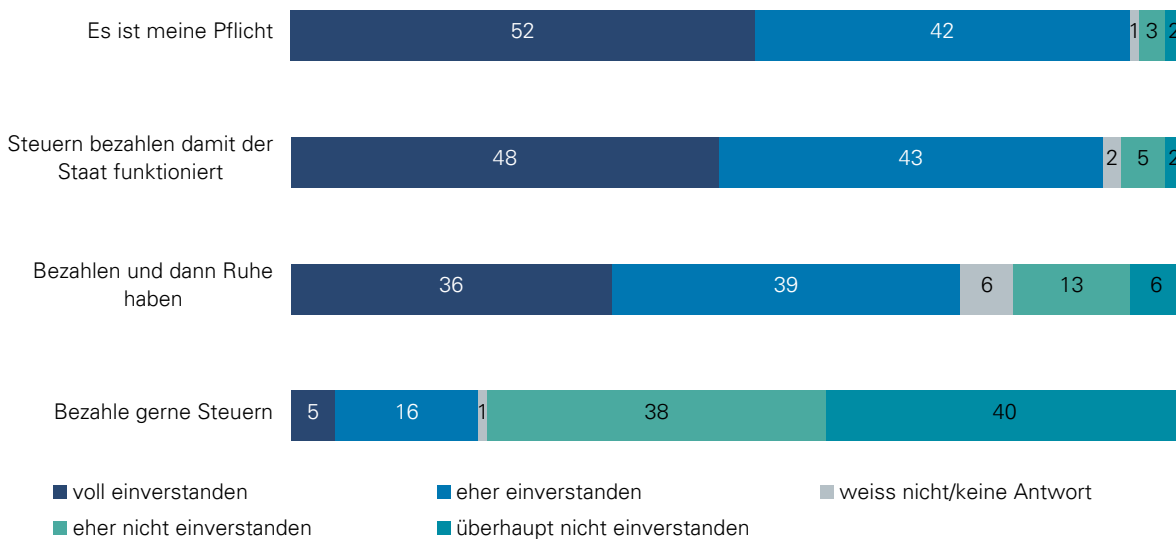
Grafik 33:

Aussagen zu Steuern

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Es ist meine Pflicht "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."
 Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."
 Bezahlen und dann Ruhe haben "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."
 Bezahle gerne Steuern "Ich bezahle gerne Steuern."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Aktuell sind mehrheitliche 52 Prozent voll einverstanden, dass das Steuerzahlen eine Pflicht ist. Weitere 42 Prozent betrachten das eher so. In ähnlichem Ausmass findet sich auch die Überzeugung, dass Steuern bezahlt werden, damit

der Staat funktionieren kann. Hier erklären sich 48 Prozent voll und 43 Prozent eher einverstanden. Drei Viertel der Befragten wollen ihre Steuern bezahlen und danach ihre Ruhe vom Staat haben. Weiterhin ist das Steuerzahlen aber nicht populär. So sind 78 Prozent eher nicht oder gar nicht damit einverstanden mit der Aussage, dass sie ihre Steuern gerne bezahlen.

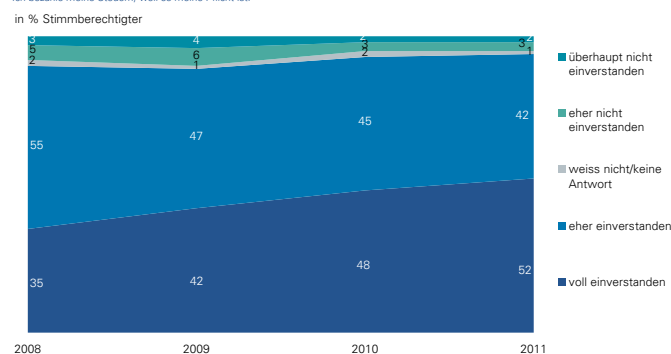
Parteipolitisch finden sich nur geringfügige Unterschiede. Tendenziell bezahlen die WählerInnen der FDP und der CVP lieber ihre Steuern und die SVP-Anhängerschaft besteht etwas verstärkt darauf, danach ihre Ruhe vor dem Staat zu haben. Die Freude am Steuern zahlen nimmt mit steigendem Haushaltseinkommen tendenziell eher ab. Doch wird die Entrichtung in der Tendenz etwas stärker mit dem Funktionieren des Staates in Verbindung gebracht. In der französischsprachigen Schweiz werden die Steuern von einem grösseren Anteil gerne bezahlt, doch ist damit auch die Meinung verbunden, dass man danach Ruhe vor dem Staat hat.

In der Trendansicht sind die Verhältnisse derer, die Steuern als eine Pflicht betrachten, zwar konstant, die Überzeugung nimmt aber insofern zu, als dass der Anteil voll Einverständener seit 2008 wächst. Zwischenzeitlich ist dieser sogar mehrheitlich.

Grafik 34:

Trend Aussagen zu Steuern

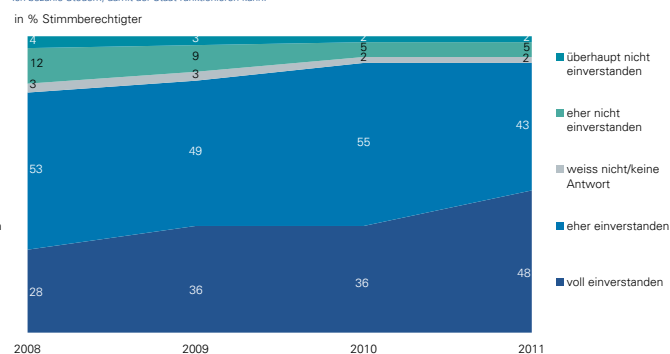
"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"
 "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Aussagen zu Steuern

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"
 "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Deutlicher ist die Tendenz für die Aussage, man bezahle Steuern, damit der Staat funktioniere. 2008 waren 81 Prozent damit voll oder eher einverstanden, heute sind es 91 Prozent. Der Anteil der voll Einverständenen hat sich seither um 20 Prozentpunkte erhöht.

3.5.1. Zwischenbilanz

Die individuell empfundene Steuerbelastung hat 2011 wieder leicht zugenommen. So haben neu 43 Prozent sehr oder eher ein Problem, ihre Steuern zu bezahlen. Weiterhin ist dies aber für eine Mehrheit der Stimmberechtigten nicht der Fall.

Die spontane Assoziation des Begriffes Steuern stellt die Pflicht ins Zentrum, was sich auch in den Aussagen zu Steuern nachvollziehen lässt. Im Trendverlauf sind die Verhältnisse derer, die Steuern als eine Pflicht betrachten, zwar konstant, die Überzeugung nimmt aber insofern zu, als dass der Anteil voll Einverständener seit 2008 wächst und zwischenzeitlich sogar mehrheitlich ist. Ähnliches stellen wir auch bezüglich des Steuernzahlens für das Funktionieren des Staates fest. 2008 waren noch 4 von 5 Befragten sehr oder voll einverstanden. Aktuell sind dies bereits über 90 Prozent, wobei sich der Anteil voll Einverständener seit 2008 gar um 20 Prozentpunkte erhöht hat.

3.6. Strategien für den Staatshaushalt

Was die Strategien zum Staatshaushalt angeht, fand 2007 eine Polarisierung statt. Mehrausgaben sind seither verpönt, Sparen ist und bleibt angesagt. Die Anteile für die verschiedenen Sparvarianten sind aber schwankend, so auch dieses Jahr. 57 Prozent sind für optimale Aufgabenerfüllung mit den vorhandenen Mitteln. 56 Prozent sind für Ausgaben- und Steuersenkungen und 55 Prozent votieren dafür, zuerst die Steuern zu senken. Es stellt sich jeweils ein ungefähr gleich grosser Anteil von 40 Prozent der Stimmberechtigten mehr oder weniger dezidiert gegen die einzelnen Sparstrategien. Eine klare Präferenz für eine der drei Sparvarianten wird damit nicht mehr augenscheinlich.

Grafik 35:

Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

Bestehende Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."

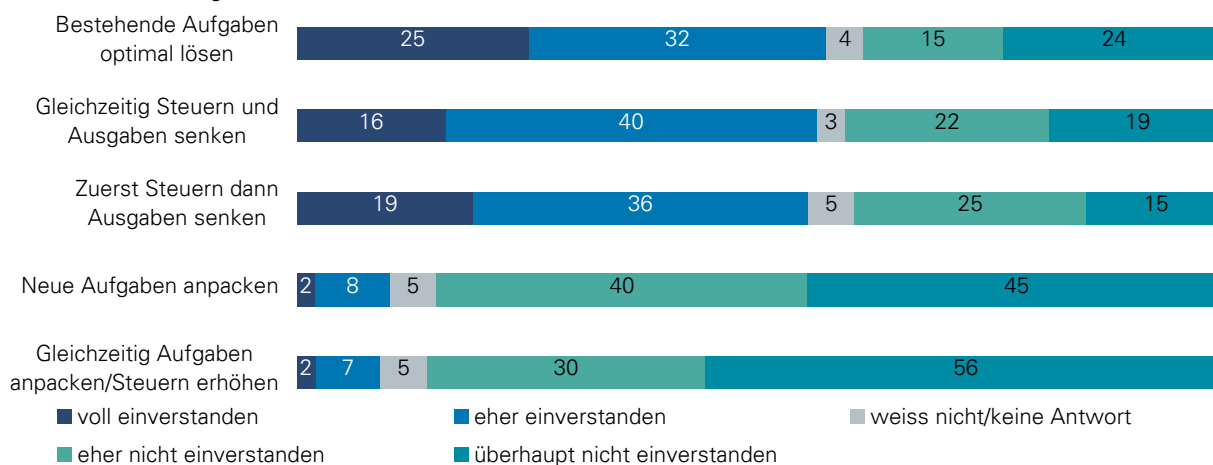
Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."

Zuerst Steuern dann Ausgaben senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."

Neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."

Gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Weiterhin auf wenig Unterstützung treffen die Strategien, welche die Steuerlast zusätzlich ansteigen lassen würden. 85 Prozent sind eher oder überhaupt nicht einverstanden, dass neue Aufgaben angepackt werden sollen, auch wenn damit die Steuern steigen. Für 86 Prozent der Befragten kommen ein gleichzeitiges Anpacken neuer Aufgaben und eine Steuererhöhung eher oder überhaupt nicht in Frage.

Parteipolitisch sind die Unterschiede eher beschränkt. Am populärsten sind Sparmassnahmen bei parteiungebundenen Stimmberechtigten. Bei der Wählerschaft von SP und Grünen findet die Antwort „zuerst Steuern senken und anschliessend die Ausgaben senken“ am meisten Zuspruch, während bei den Wählern bürgerlicher Parteien eher das „optimale Lösen der bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen“ am meisten Zustimmung findet. Die Sparvarianten finden ausserdem in der lateinischsprachigen Schweiz eher mehr Zuspruch, als dies für die Deutschschweiz feststellbar ist.

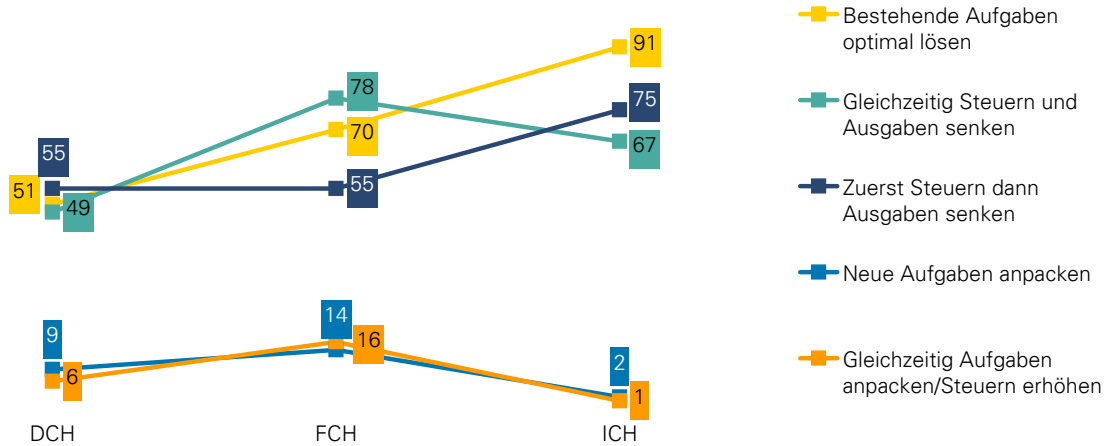
Grafik 36:

Strategien Staatshaushalt nach Sprache

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

- Bestehende Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."
- Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."
- Zuerst Steuern dann Ausgaben senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."
- Neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."
- Gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Generell haben im Jahresvergleich alle Optionen, die mitunter aufs Sparen ausgerichtet sind, an Zustimmung verloren, ohne dass die Möglichkeiten zugenommen hätten, die auf Mehrausgaben ausgerichtet sind.

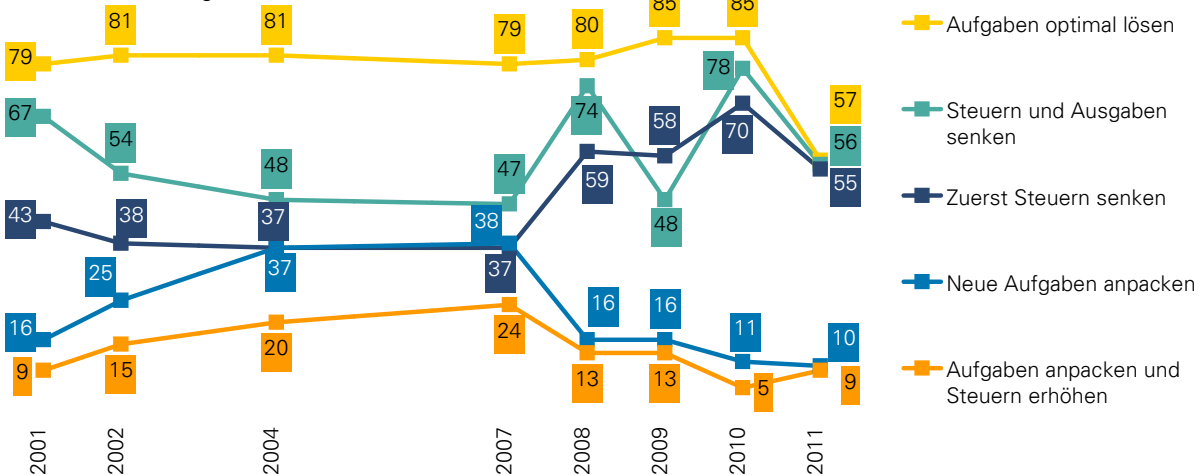
Grafik 37:

Trend Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

- Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."
- Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."
- Neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."
- Zuerst Steuern senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."
- Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Zustimmung zu allen drei Sparvarianten liegt zwischenzeitlich auf einem einheitlichen Niveau, wobei allen weiterhin eine mehrheitliche Unterstützung

zukommt. Dies war gerade bei Steuern und Ausgaben senken und zuerst Steuern senken in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Die Popularität der aufgabenorientierten Strategien mit zusätzlichen Steuerbelastungen ist seit 2008 fortlaufend auf tiefem Niveau.

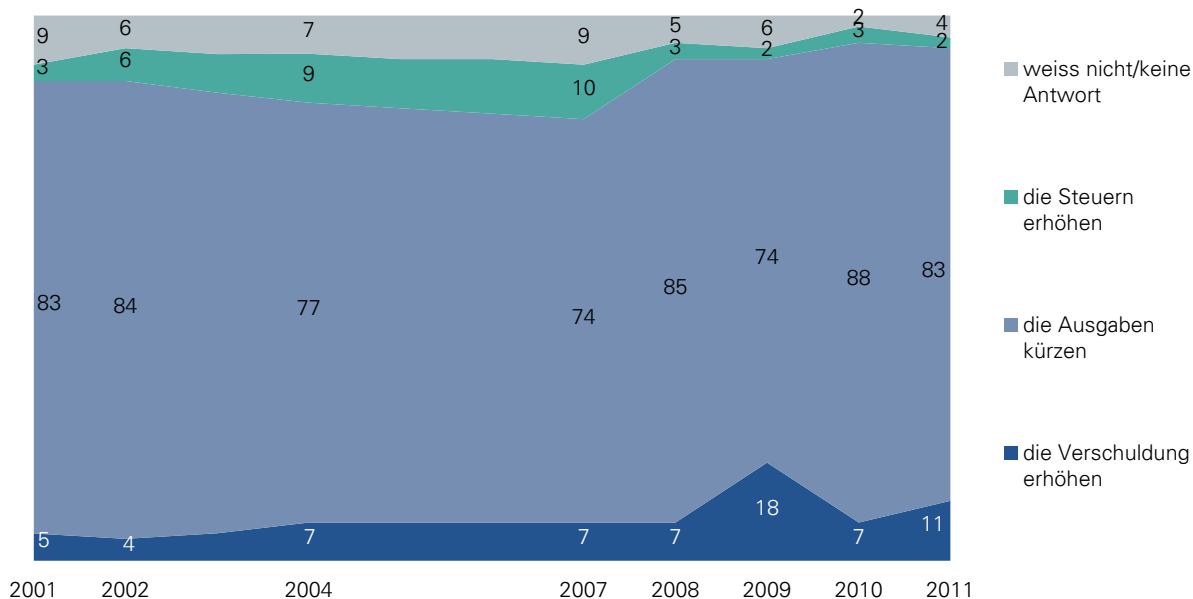
Bereits seit Beginn der Befragungsreihe dominiert in der Frage des Umgangs mit Staatsdefiziten klar die Ausgabenkürzung, vor zusätzlichen Steuern und höherer Verschuldung.

Grafik 38:

Trend Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung erhöhen, die Ausgaben kürzen oder die Steuern erhöhen?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Weiterhin sind 83 Prozent der Stimmberechtigten überzeugt, dass als erster Schritt bei einem drohenden Staatsdefizit die Ausgaben gekürzt werden müssen. Steuererhöhungen kommen weiterhin nur für einen kleinen Anteil von 2 Prozent in Frage. Auch die Erhöhung der Verschuldung, welche 2009 im Zuge der Krise ihren Höhepunkt an Zuspruch erreichte, ist zwischenzeitlich noch für 11 Prozent eine Option.

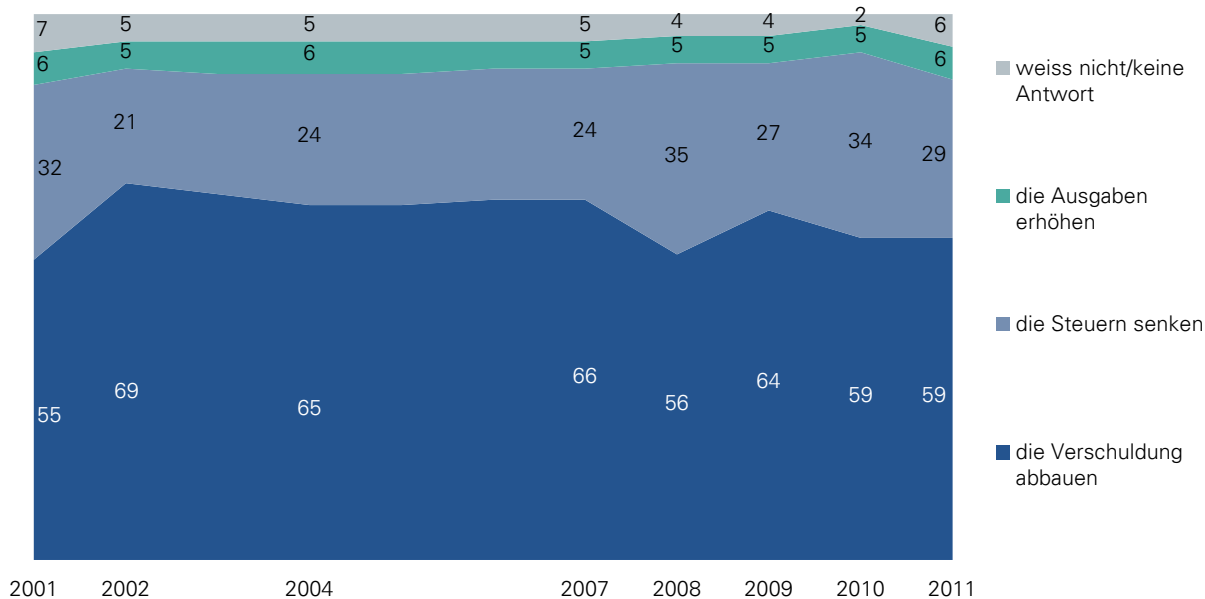
Bei allen ParteisympathisantInnen und auch den Ungebundenen dominiert klar die Ausgabenkürzung. Diese wird am stärksten von den WählerInnen der bürgerlichen Parteien unterstützt (CVP 94%, FDP 86%, SVP 85%). Etwas weniger, aber noch immer zu drei Vierteln, wollen auch Links-Grüne und Parteilose zuerst die Ausgaben herunterfahren. Für eine Erhöhung der Schulden sprechen sich die Parteiungebundenen zu 16 Prozent noch am meisten aus. In den Sprachregionen dominiert die Ausgabenkürzung mit über 80 Prozent, im Tessin sogar mit über 90 Prozent. Die Erhöhung der Verschuldung findet in der Deutschschweiz mit 13 Prozent den höchsten Zuspruch.

Ebenfalls sehr konstant ist die Haltung zum Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt.

Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Stabile 59 Prozent wollen mit Überschüssen im Staatshaushalt in erster Linie die Schulden abbauen. Weitere 29 Prozent sprechen sich für Steuererleichterungen aus. Eine Erhöhung der Ausgaben wird unverändert nur von einem kleinen Anteil von 6 Prozent gefordert.

Tiefste und hohe Haushaltseinkommen sprechen sich mit 63 Prozent überdurchschnittlich für den Abbau der Verschuldung aus. Mittlere Einkommen zwischen 3'000 und 9'000 CHF bevorzugen zu einem etwas grösseren Anteil Steuersenkungen. Auf parteipolitischer Ebene sind die Haltungen wenig unterschiedlich. Deutlichere Unterschiede finden sich hingegen in den Sprachregionen. Während in der Deutschschweiz und im Tessin der Abbau von Schulden im Vordergrund steht (DCH 64%, ICH 74%), findet sich in der französischsprachigen Schweiz eine Mehrheit von 53 Prozent, welche sich in erster Linie für Steuersenkungen ausspricht. Nur noch 39 Prozent möchten hier die Schulden verringern.

3.6.1. Zwischenbilanz

Seit 2007 sind Mehrausgaben im Staatshaushalt eher verpönt und das Sparen ist und bleibt angesagt. Die Anteile der verschiedenen Sparvarianten schwankt aber über die Jahre, was sich auch 2011 zeigt. So finden sich aktuell sowohl optimale Aufgabenerfüllung mit vorhandenen Mitteln, Ausgaben- und Steuersenkungen vor Ausgaben- und Steuersenkungen auf einem ähnlich mehrheitlich voll oder eher unterstützten Niveau. Eine klare Präferenz für eine der drei Sparvarianten ist damit nicht mehr augenscheinlich. Weiterhin auf wenig Unterstützung treffen die Strategien, welche eine Erhöhung der Steuerlast nach sich ziehen würden. Generell haben im Jahresvergleich alle Optionen, die mitunter aufs Sparen ausgerichtet sind, an Zustimmung verloren, ohne dass die Möglichkeiten zugenommen hätten, die auf Mehrausgaben ausgerichtet sind.

Bereits seit Beginn der Befragungsreihe wird die Frage des Umgangs mit Staatsdefiziten klar von Ausgabenkürzungen dominiert. Zusätzliche Steuern und

eine Erhöhung der Schulden sind hingegen weiterhin nur auf tiefem Niveau gewünscht.

Ebenfalls über die Zeit sehr stabil ist die Haltung zum Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt, wo fortlaufend mehrheitlich der Abbau der Verschuldung gefordert wird. Auch sehr stabil wird knapp von einem Drittel der Stimmberechtigten in erster Linie eine Senkung der Steuern bei Staatsüberschüssen gewünscht.

3.7. Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Akteuren

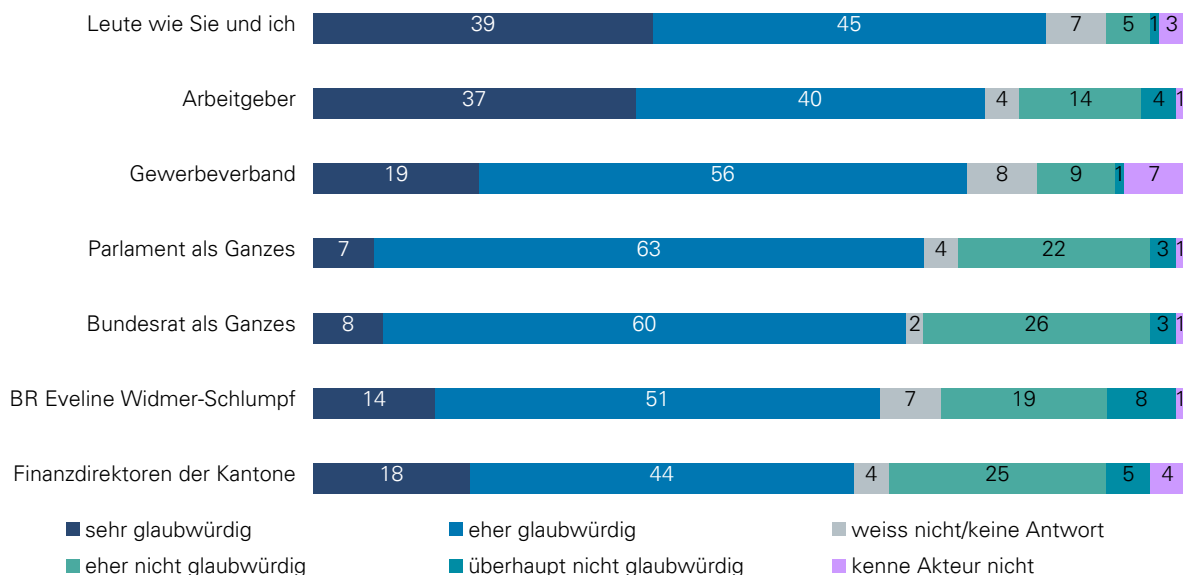
Die glaubwürdigsten Akteure in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik sind "Leute wie Sie und ich". 84 Prozent sind sehr oder eher dieser Meinung. An zweiter und dritter Stelle stehen Wirtschaftsorganisationen wie die Arbeitgeber (77%) oder der Gewerbeverband (75%). Danach folgen die Behörden, zuerst das Parlament (70%), dann der Bundesrat (68%), die Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (65%) respektive die Finanzdirektoren der Kantone (62%).

Grafik 40:

Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

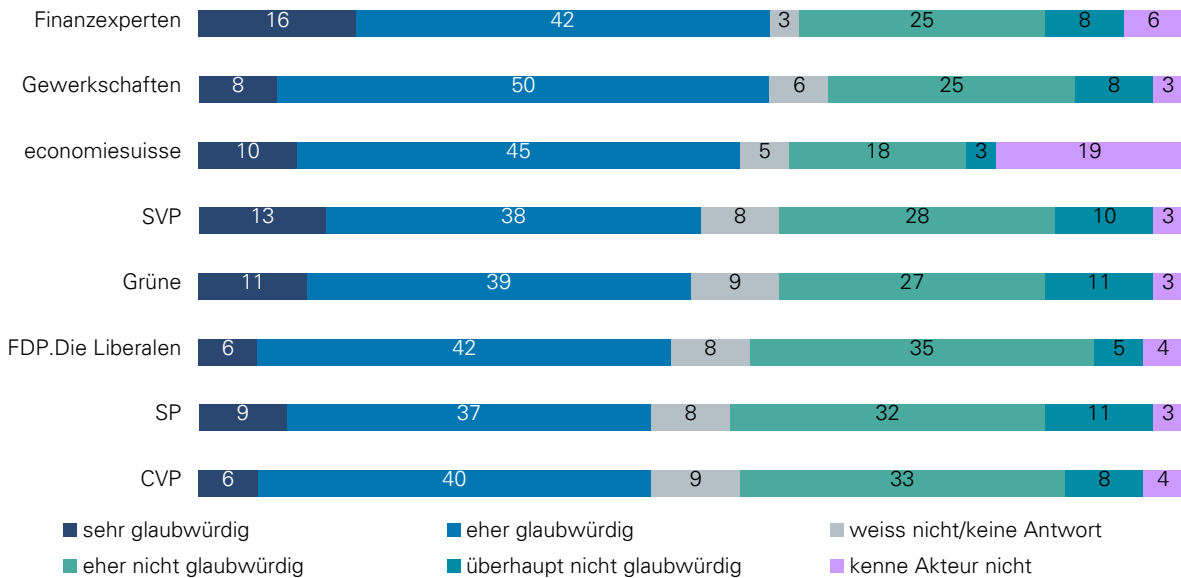
Es folgen FinanzexpertInnen (60%), Gewerkschaften (58%) und economicsuisse (55%) vor allen Parteien, angeführt von SVP und Grünen. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind nicht sehr gross, sodass diese jeweils von rund der Hälfte der Befragten für sehr oder eher glaubwürdig angesehen werden.

Grafik 41:

Glaubwürdigkeit der Akteure (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Berechnet man die jeweiligen Anteile für die Glaubwürdigkeit der Akteure ohne diejenigen Befragten, welche angeben, den Akteur nicht zu kennen, so verändert sich vor allem die Position von economiesuisse. Dies begründet sich im relativ grossen Anteil von fast 20 Prozent der Befragten, welche economiesuisse nicht kennen. Betrachtet man nur diejenigen Befragten, welchen economiesuisse auch bekannt ist, so geben 67 Prozent an, diese für sehr oder eher glaubwürdig zu halten. Damit kommt die economiesuisse auf eine ungefähr gleich hohe Glaubwürdigkeit wie die Finanzministerin und würde sich gleich hinter dem Bundesrat einordnen.

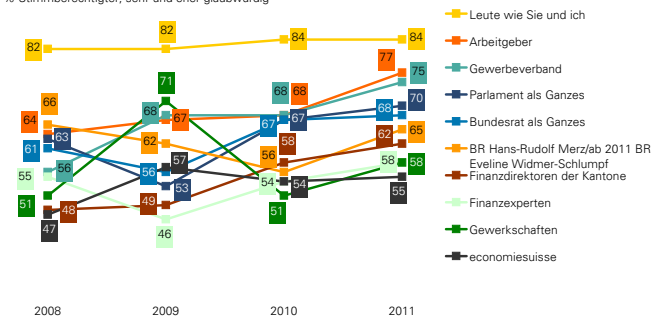
Parallel zum Meinungswandel in Finanzfragen hat sich das Image fast aller Akteure seit 2009 verbessert. Speziell die Arbeitgeber und der Gewerbeverband konnten gegenüber den Vorjahren an Glaubwürdigkeit zulegen. Auch die neue Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf geniesst 2011 eine sichtbar höhere Glaubwürdigkeit bei den Stimmberechtigten als ihr Vorgänger Hans-Rudolf Merz im Jahr 2010. Die Gewerkschaften konnten zwar im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas an Glaubwürdigkeit zulegen, doch sind sie noch einiges vom Höchstwert aus dem Jahr 2009 entfernt, als die globale Finanzkrise den Höhepunkt erreichte.

Grafik 42:

Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig

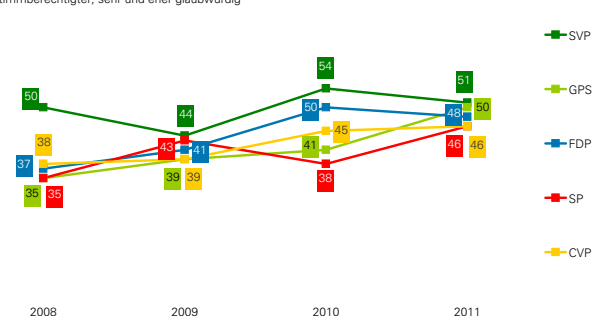


© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = jeweils ca. 1'000)

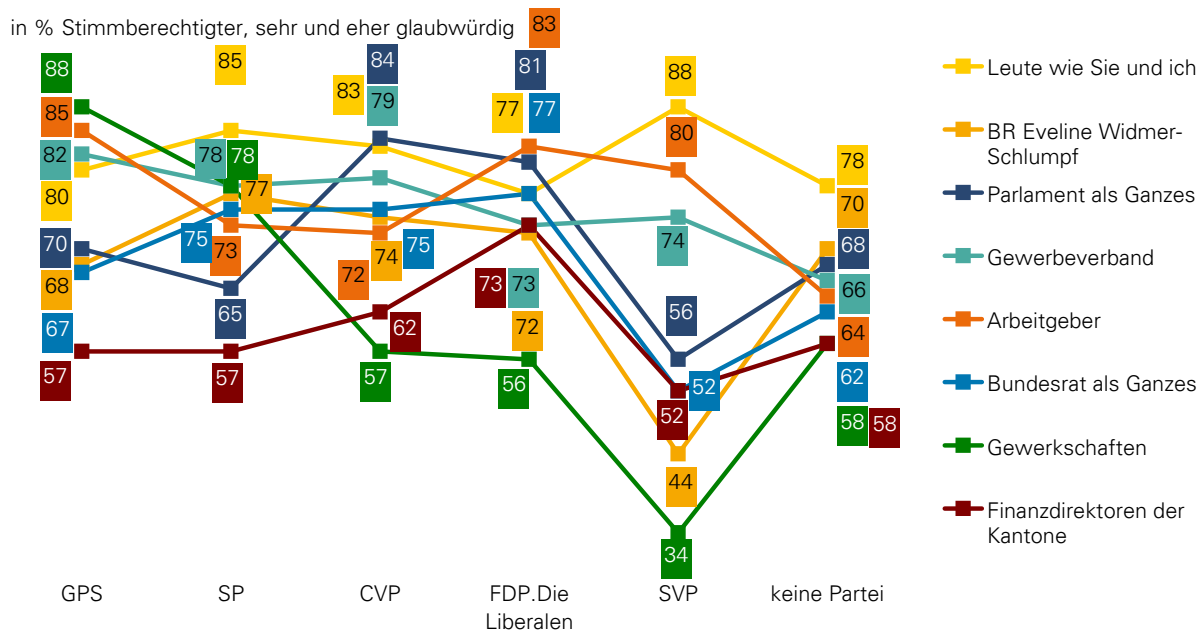
Bei den Parteien konnten vor allem die Grünen zulegen, welche zwischenzeitlich von einer Mehrheit als glaubwürdig betrachtet werden. Auch wieder leicht mehr Glaubwürdigkeit kommen 2011 der SP und auch der CVP zu. Die beiden anderen bürgerlichen Parteien SVP und FDP werden weitgehend stabil von einer knappen Mehrheit als sehr oder eher glaubwürdig erachtet.

Die Parteiwählerschaften sind in der Frage der Glaubwürdigkeit der Akteure stark polarisiert.

Grafik 43:

Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."



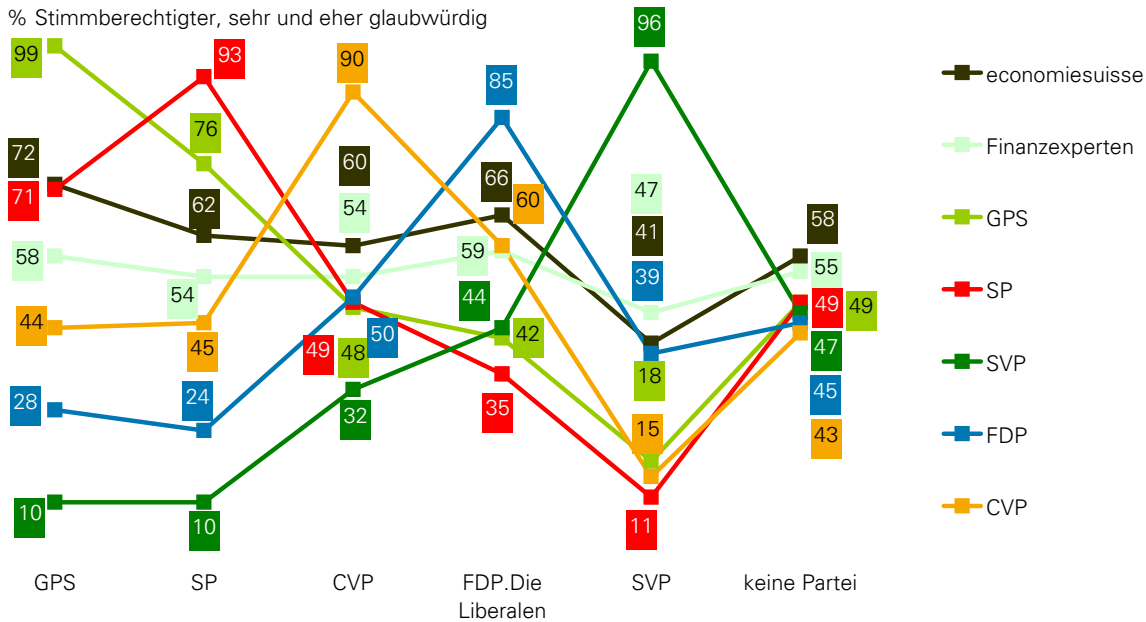
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Für Mehrheiten der SVP-Wähler sind nur „Leute wie Sie und ich“, die Arbeitgeber, der Gewerbeverband und das Parlament mehrheitlich glaubwürdig. Bei Wählern der FDP und CVP kommen der Bundesrat, die Finanzministerin, die Finanzdirektoren, Finanzexperten und economicsuisse hinzu. Die Wähler von SP und Grüne stufen die Finanzdirektoren und das nationale Parlament kritischer ein.

Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 1000)

Bezogen auf sich selber ist die Parteiwählerschaft jeweils von ihrer Partei überzeugt. 85 bis 99 Prozent finden, ihre VertreterInnen seien glaubwürdig. Die Wähler von CVP und FDP trauen sich in dieser Domäne mehrheitlich wechselseitig, die rotgrünen WählerInnen machen das gleiche unter sich. Einzig bei der Wählerschaft der SVP schafft es keine andere Partei, in Finanz- und Steuerfragen mehrheitlich als glaubwürdig zu erscheinen.

3.7.1. Zwischenbilanz

Weiterhin am glaubwürdigsten in der Finanzpolitik sind für die Befragten "Leute wie Sie und ich". Unverändert seit Beginn der Monitorbefragungen trauen sich damit eine überwiegende Mehrheit der Stimmberechtigten selbst ein Urteil in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik zu. An zweiter und dritter Stelle stehen die Arbeitgeber und der Gewerbeverband. Danach folgen die Behörden in der Reihenfolge Parlament, Bundesrat, Finanzministerin und Finanzdirektoren der Kantone. Danach kommen die FinanzexpertInnen, die Gewerkschaften und die economistesuisse, dies noch vor allen Parteien. Unter Berücksichtigung des Bekanntheitsgrades der Akteure weist economistesuisse einen etwa gleich hohen Wert auf wie die Finanzministerin. Zwischen den einzelnen Parteien sind keine wesentlichen Unterschiede feststellbar, wobei aber die SVP vor den Grünen für am glaubwürdigsten gehalten wird.

Im Zeitvergleich hat sich das Image fast aller Akteure seit 2009 verbessert. Einzig bei den Gewerkschaften, die auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise ein Hoch kannten, ist dies nicht stringent der Fall. Die Parteiwählerschaften sind auch hier stark polarisiert.

3.8. Exkurs: Kantonal unterschiedlich wahrgenommene Steuerbelastung

3.8.1. Die objektive und die subjektive Steuerbelastung

Die Beurteilung des Problemgrades der Steuerbelastung für das eigene Haushaltsbudget zeigt neben den oben beschriebenen Unterschieden zwischen den Sprachregionen auch Unterschiede zwischen den Kantonen, welche dies noch zusätzlich unterstreichen.

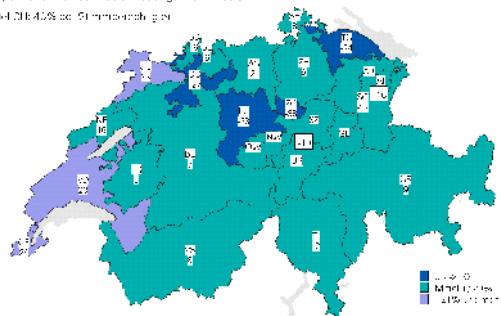
Die subjektive Steuerbelastung (Grafik 43 links) wird überdurchschnittlich häufig in den Westschweizer Kantonen Genf, Waadt und Jura als eher bis ganz grosses Problem wahrgenommen. Unterdurchschnittlich beklagen sich hingegen Stimmberechtigte aus den Deutschschweizer Kantonen Solothurn, Luzern, Zug und Thurgau. In allen anderen Kantonen ist die subjektiv empfundene Steuerbelastung durchschnittlich ausgeprägt.

Grafik 45:

Belastung durch Steuern: ein ganz grosses/eher grosses Problem

*Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?

Y=104,31E+05 bis 51,00E+05

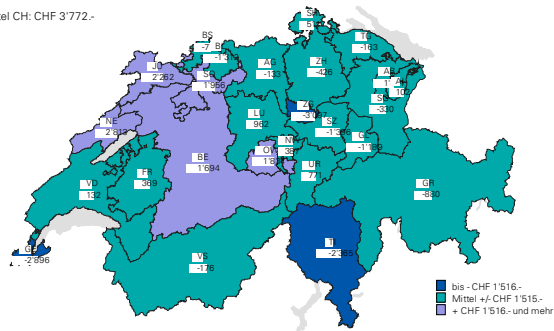


Bemerkung: SH n < 50, AI/AR zusammen n < 50, OW/NW/SZ/GL/UR zusammen
Angaben nur bei n = 50
Pool Finanzmonitor 2008 - 2011
© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011 (N = 4023)

Objektive Steuerbelastung nach kantonalem Durchschnitt (2010)

Steuerbelastung (Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuer) eines durchschnittlichen Arbeitseinkommens von CHF 80'000 einer alleinvertienenden und verheirateten Person mit 2 Kindern (2010)

Mittel CH: CHF 3'772.-



© gfs.bern, Finanzmonitor, Mai 2011, Daten: Bundesamt für Statistik

Die objektiv berechenbare mittlere Steuerbelastung über alle Kantone beträgt CHF 3'772 (Grafik 43 rechts). Die grün eingefärbten Kantone weisen eine durchschnittliche Steuerbelastung auf. Unterdurchschnittlich ist die Steuerbelastung in den blau eingefärbten Kantonen Tessin, Zug und Genf. Eher überdurchschnittlich fällt die Steuerlast in den violetten Kantonen Bern, Obwalden, Solothurn, Jura und Neuchâtel aus.

Die subjektiv empfundene Steuerlast entspricht damit im Wesentlichen auch den objektiven Steuern der einzelnen Kantone. Die Wahrnehmung der erhöhten Steuerbelastung in der Westschweiz entspricht grundsätzlich auch den objektiven Werten. So sind die Steuern im Kanton Jura und Neuchâtel überdurchschnittlich. Die Steuerbelastungen im Kanton Waadt und Freiburg liegen zwar noch in Durchschnitt, sind aber leicht höher. Eine Diskrepanz zwischen subjektiver Einschätzung der Steuerbelastung und objektiven Steuern findet sich in der Romandie im Kanton Genf, wo sich die Befragten überdurchschnittlich oft über die hohen Steuern beklagen, obwohl diese im kantonalen Vergleich unterdurchschnittlich ausfallen.

Die Einschätzung der eigenen Steuerlast in der Deutschschweiz entspricht dabei im Wesentlichen den tatsächlichen Steuern der Kantone. Wenn Unterschiede festzuhalten sind, so wird – wie im Falle von Bern, Solothurn, Luzern und Thurgau – die eigene Steuerbelastung eher unterschätzt. Im Tessin fällt die Beurteilung eher durchschnittlich aus, obwohl die Steuerlast objektiv betrachtet unterdurchschnittlich ist. Der Kanton Zug weist eine unterdurchschnittliche Steuerlast aus, was von den Befragten auch dementsprechend rezipiert wird.

3.8.2. Zwischenbilanz

Die subjektive Beurteilung der Steuerlast nach Kantonen zeigt einen Unterschied zwischen Deutschschweiz und Romandie. Während in der Westschweiz in einigen Kantonen die Steuerbelastung überdurchschnittlich oft als sehr oder eher grosses Problem eingestuft wird, ist diese in den Kantonen der Deutschschweiz und auch im Tessin durchschnittlich bzw. sogar unterdurchschnittlich festzustellen.

Die subjektiv empfundene Steuerbelastung entspricht weitestgehend den tatsächlichen durchschnittlichen Steuern in den Kantonen. Die Romandie weist mit Ausnahme von Genf eine leicht bis klar überdurchschnittliche Steuerbelastung auf, welche von den Befragten auch so empfunden wird. Einzig im Kanton Genf wird die Steuerlast als problematischer wahrgenommen, als sie im tatsächlichen Vergleich ausfällt. In der Deutschschweiz und im Tessin fallen die persönlichen Beurteilungen im Wesentlichen entsprechend den tatsächlichen Steuerlastungen aus. Nur in einzelnen Fällen wird die Steuerbelastung unterschätzt.

4. Synthese

Die neue Finanzministerin der Schweiz, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, überraschte zu Beginn des Jahres viele, als sie ankündigte, die Ära des Sparens im Bundeshaushalt gehe zu Ende.

Bezogen auf die BürgerInnenmeinung kann man 2011 nicht von einer Trendumkehr sprechen, aber von einer Entspannung der Lage. Ein Wille, gezielt mehr auszugeben, ist bevölkerungsseitig nicht erkennbar; am ehestens fürchtet man, im Bildungsbereich mit dem Sparen übertrieben zu haben. Mehrausgaben sind jedenfalls in keinem Bereich der Staatstätigkeit mehrheitsfähig. Umgekehrt gilt aber, dass vermehrtes Sparen nur noch im Asylwesen mehrheitsfähig ist. In den übrigen Bereichen überwiegt mehr und mehr der Eindruck, wieder im Lot zu sein.

Empfundene Belastungen durch Steuern haben sich nicht wesentlich verändert. Sie sind heute für die untere Mittelschicht typisch, jedoch nicht für die oberen und obersten Einkommensklassen. Populär bleiben solche Klagen in der Romandie und bei der SP-Wählerschaft.

Eine klare Präferenz für eine bestimmte Sparvariante ist nicht mehr augenscheinlich. Jedenfalls sind Mehrausgaben nicht mehrheitsfähig, Sparen ist und bleibt angesagt. Parteipolitisch sind die Unterschiede eher beschränkt. Am populärsten sind Sparmassnahmen bei den parteiungebundenen Stimmberechtigten.

Stabil oder sogar leicht wachsend ist die Zustimmung zur Schuldenbremse. Auf genereller Ebene hat sie sich seit ihrer Einführung vor knapp zehn Jahren aus Bevölkerungssicht bewährt. Die Ausweitung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen wird zwar weiterhin von einer Minderheit unterstützt, diese Minderheit ist aber stärker geworden. Zudem sind auch die Gegenstimmen, welche einem solchen Vorschlag einen Sinn absprechen, minderheitlich ausgeprägt; und jene Minderheit ist schwächer geworden.

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise wird klar als Hauptverursacher der in den letzten Jahren angestiegenen Staatsschulden vieler Nachbarländer angesehen. Daneben tragen aber auch ausgabenfreudige Politiker, das Fehlen einer Schuldenbremse und – in geringerem Ausmass – auch die Leistungen des Sozialstaates aus der Sicht der Mehrheit der Stimmberechtigten eine Mitverantwortung für die steigenden Staatsschulden.

Insgesamt hat sich das Bild des Staatshandelns in Fragen der Ausgaben, Einnahmen und Aufgabenerfüllung in den Jahren seit der globalen Finanzmarktkrise verbessert. Das gilt auch für die Glaubwürdigkeit der staatlichen Vertreter. Übertroffen wird ihre Zustimmung nur von der Meinung, die man über sich selber und von zentralen Vertretern der Schweizer Patronwirtschaft hat.

Die Ergebnisse des Finanzmonitors 2011 lassen folgende Schlussfolgerungen in Form von elf Thesen zu:

These 1

Ganz allgemein wird das Staatshandeln in Fragen der Finanz- und Steuerpolitik wieder etwas besser beurteilt.

These 2

Die Schuldenbremse ist und bleibt aus BürgerInnensicht ein bewährtes Instrument der Finanzpolitik.

These 3

Das Wissen um die Staatsverschuldung hat sich verbessert. Diese wird dennoch kritisch beurteilt.

These 4

Die Ausdehnung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen kennt eine wachsende Zustimmung. Unter der links-grünen Wählerschaft und den Parteiungebundenen befürwortet die Mehrheit der Stimmbürger schon heute die Einführung einer Schuldenbremse bei den Sozialversicherungen.

These 5

Die Schweizer Stimmberechtigten sehen die Ursachen der stark angestiegenen Staatsschulden vieler Nachbarländer sowohl in der Finanz- und Wirtschaftskrise, als auch in der Ausgabenfreudigkeit der PolitikerInnen, dem Fehlen einer Schuldenbremse und den Leistungen des Sozialstaates.

These 6

Die BürgerInnen haben wieder vermehrt den Eindruck, eher mehr oder etwa gleich viel vom Staat an Leistungen zu erhalten, als sie durch eigene Steuern und Abgaben bezahlen. Die Austauschbilanz zwischen Geben und Bekommen als BürgerIn ist neuerdings nahezu ausgeglichen.

These 7

Populäre SpARBereiche sind das Asylwesen, die Löhne der Verwaltung und die Armee. Die Bildung ist der einzige Bereich, welcher von Sparprogrammen ausgenommen werden sollte.

These 8

Seit 2008 zeigt sich ein Trend zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik. Im Gegensatz zu vor zehn Jahren sind Mehrausgaben seit 2008 in keinem Bereich mehrheitsfähig.

These 9

Steuern bleiben für eine relevante Minderheit eine eher grosse Belastung. Es gibt aber starke sprachregionale und kantonale Unterschiede.

These 10

Neue Aufgaben des Staates bleiben für die Mehrheit der Stimmberechtigten ein Tabu. Mehrheiten wollen eine optimale Aufgabenerfüllung und/oder Ausgabenenkungen. Letzteres wird in den unteren und obersten Einkommensklassen vermehrt unterstützt.

These 11

Glaubwürdigste Akteure in Finanz- und Steuerfragen sind die Bürgerschaft selber, die Vertreter der Schweizer Wirtschaft und die schweizerischen Behörden.

5. Anhang

5.1. gfs.bern-Team



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen und an der Zürcher Hochschule Winterthur

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



URS BIERI

Senior-Projektleiter, Mitglied der Geschäftsleitung, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Risikotechnologien, kantonale/städtische Abstimmungen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Feldaufträge, Prospektivmethoden, Qualitativmethoden. Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf Internet



STEFAN AGOSTI

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Ad-hoc-Studien, Qualitativmethoden, Gesellschaftsthemen, E-Government, eHealth, Abstimmungen und Wahlen



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administration

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

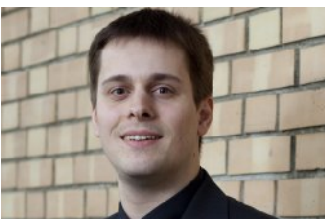


STEPHAN TSCHÖPE

Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Schwerpunkte:

Komplexe Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteienbarometer, Visualisierung



JONAS PHILIPPE KOCHER

Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Schwerpunkte:

Statistische Datenanalyse, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Medienanalysen, Visualisierung

DANIELA SCHEMPP

Praktikantin

gfs.bern
Hirschengraben 5
Postfach 6323
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax + 41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch